:antifaschistische nachrichten

Nr. 11

g 3336 1.6.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

NPD-Aufmarsch zum WM-Auftakt zunächst verboten

Gelsenkirchen. Fünf WM-Spiele finden in Gelsenkirchen statt, u.a. mit den USA. Unter dem Motto „Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre! – Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn!“ hatte die rechtsextreme NPD schon im Februar eine „Kampagnendemonstration im Rheinland und Westfalen“ für die Zeit der WM angemeldet, die am Sonnabend, den 10.5. um 12 Uhr in Gelsenkirchen starten sollte. Dies hat der Polizeipräsident nun verboten. In seiner am 24.5. veröffentlichten Pressemeldung heißt es dazu: „Die Gelsenkirchener Polizei nimmt die Gefahr sehr ernst, die vom Rechtsextremismus ausgeht. Das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland wird durch den Aufmarsch der NPD in Gelsenkirchen während der WM 2006 nachhaltig geschädigt. Deshalb schöpfe ich alle rechtsstaatlichen Mittel aus, um Aufmärsche von Rechtsextremisten während der WM zu verhindern!“ Das Verbot gilt auch für jede Form einer Ersatzveranstaltung, so Polizeipräsident von Schoenfeldt. Man wolle damit verhindern, dass vor den Augen der Weltöffentlichkeit während der WM 2006 Rechtsextremisten durch die Straßen Gelsenkirchens ziehen, um ihre rassistischen und ausländerfeindlichen Parolen zu verbreiten. Dagegen müsse sich ein demokratischer Staat schützen können. Von Schoenfeldt hatte „den deutlichen Eindruck gewonnen, dass es der NPD allein auf die Provokation ankommt.“ Der Aufmarsch stehe in indirektem Zusammenhang mit der bundesweiten Kampagne der NPD zur WM 2006, mit der sie dunkelhäutige Sportler verunglimpften. Die Neonazis hätten gerade Gelsenkirchen für ihre Versammlung gewählt, um sich und ihre braune Propaganda der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Ob das Verbot vor den Gerichten, die sicher angerufen werden, standhalten wird, bleibt abzuwarten. *u.b.* ■

Aus dem Inhalt:





Proteste gegen rechte Traditionspflege

Mittenwald. Mehr als 300 Menschen beteiligten sich an den diesjährigen Protesten gegen das Gebirgsjägertreffen in Mittenwald. Polizeimaßnahmen behinderten schon die Anreise von DemonstrantInnen nach Mittenwald am 26./27. Mai. Reisebusse wurden auf der Autobahn abgefangen, die Personalien geprüft sowie mitgeführtes Gepäck untersucht. Opfer dieser Maßnahme war auch der „AK Angreifbare Traditionspflege NRW“. Seine für den 26.5. geplante Kundgebung in Wolfratshausen, dem Wohnort des bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, verzögerte sich um zwei Stunden. Die Forderung der Demonstranten war wie bereits im letzten Jahr: „Edmund Stoibers Austritt aus dem Kameradschaftskreis der Gebirgsjäger“.

Am Samstag fand eine Veranstaltung als Gegenaktion zu der traditionellen Heldenehrung statt, auf der Zeitzeugen aus dem Widerstand gegen das Dritte Reich berichteten. Max Tzwangue aus Frankreich, Sohn polnischer Juden Jahrgang 1925, fand früh zur Resistance. Er berichtete über Flugblattaktionen sowie über Sabotageakte gegen Betriebe, die Rüstungsgüter produzierten. Der emeritierte Professor und slowenische Partisan Iwan Kristan, führte dezidiert in die Geschichte der Vertreibung und ihre Hintergründe ein. „Die Slowenen wurden als rassisch wertvoll, aber national unzuverlässig bewertet. Sie wurden nach Grobauslese und Feinprüfung auf rassische Nutzbarkeit selektiert.“

Der Münchner Ernst Grube von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten, forderte die klare Distanzierung der Bundeswehr von der blutigen Vergangenheit und Traditionspflege der Wehrmacht. Den Führungskader der Bundeswehr kritisierte er, weil auf der Gedenkfeier der Gebirgsjäger am Hohen Brendten auch Kriegsverbrecher geehrt werden. Für ihn ein Zeichen, dass sich am Umgang mit der Geschichte nichts geändert hat.

Die Bundeswehr allerdings wird sich von den Feierlichkeiten nicht zurückziehen, das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (Fraktion Die Linke) hervor. Es sei „bekannt, dass auch Angehörige der Gebirgstruppen der Wehrmacht und der Waffen-SS an Massakern beteiligt waren“, räumt die Bundesregierung ein. Es sei aber „nicht Aufgabe der Bundesregierung, die historische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen durch einen eingetragenen Verein zu kommentieren.“ Die Bundeswehr werde deshalb die Feier „personell und materiell“ weiter unterstützen.

Bei der Feier der Gebirgsjägerkameradschaft am Hohem Brendten gelang es DemonstrantInnen sich trotz massiver Polizeipräsenz unter die Teilnehmer zu mischen. Im Polizeibericht heißt es dazu: „Während des Gottesdienstes am Ehrenmal wurden zwei Demonstranten aus München, 24 und 30 Jahre alt, in Gewahrsam genommen, da sie ein Transparent mit der Aufschrift: ‚Mörder hinter Gitter, volle Reparationszahlungen für die deutschen Kriegsverbrechen in Griechenland‘ deutlich sichtbar in die Höhe hielten.“

Solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, werden die antifaschistischen Proteste gegen das braune Treiben auf dem Hohen Brendten weitergehen.

Quelle: Linkszeitung, 28.5.06, ND 29.5.06, PM Ulla Jelpke - u.b. ■

Burschen heraus – aus der SPD

Schon am 24. April 2006 hat der Parteirat der SPD beschlossen: „Die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft, die Mitglied in der ‚Burschenschaftlichen Gemeinschaft' innerhalb der ‚Deutschen Burschenschaft' ist, ist mit der Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar." Die Burschenschaftliche Gemeinschaft (BG) wird im Anschluss durch die SPD folgendermaßen charakterisiert: „Die BG, ein völkischer Kampfverband, dominiert seit Anfang der achtziger Jahre die Deutsche Burschenschaft und kommt die zentrale Rolle im Gesamtverband zu. Die Dominanz der Burschenschaftlichen Gemeinschaft schlägt sich nicht zuletzt in der Programmatik der DB nieder. Diese ist eindeutig biologistisch, völkisch und großdeutsch ausgerichtet. Nahezu sämtliche Bestandteile eines rechtsextremen Weltbildes finden sich in der burschenschaftlichen Weltanschauung...."

Angefügt ist dem Unvereinbarkeitsbeschluss eine leider unvollständige Liste (22 statt 46) der Mitgliedsbünde der BG.Der Einschätzung von DB und BG durch die SPD ist zuzustimmen und wird in den zukünftigen Auseinandersetzungen mit dem Korporations-(Un)wesen sicher brauchbar sein. Umso bedauerlicher ist es, dass eine Ausdehnung des Beschlusses auf die gesamte Deutsche Burschenschaft am Widerstand einiger prominenter SPD-Funktionäre, sowie am Protest vieler Alter Herren der DB und aus anderen Studentenverbindungen scheiterte. Die übrigen Korporationsverbände, welche ein großes Geschrei angestimmt hatten, als man in der SPD einen Unvereinbarkeitsbeschluss diskutierte, und sich blindlings mit der DB solidarisierten, haben übrigens bisher noch keine Stellung zu dem endgültigen Unvereinbarkeitsbeschluss bezogen. An den Universitäten und in der Öffentlichkeit werden demokratische und antifaschistische Kräfte genau dieses einfordern müssen. Denn die DB arbeitet bundesweit im „Convent Deutscher Akademikerverbände" und im „Convent Deutscher Korporationsverbände" (CDA/CDK), sowie lokal in Waffenringen, Uni-Listen u.ä. eng mit den Burschen zusammen. *erk* ■

Gesiebte Luft in Sicht

PULHEIM. Viele Demotermine wird der Pulheimer Neonazi Axel Reitz (23) nun nicht mehr wahrnehmen können. Reitz muss in absehbarer Zeit eine 21-monatige Gefängnisstrafe antreten.

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat die Revision des einschlägig vorbestraften Reitz als unbegründet abgewiesen. Damit ist das Urteil des Landgerichts Bochum vom 9. September 2005 rechtskräftig, das den Aktivisten des „Kampfbund Deutsche Sozialisten" (KDS) und des neonazistischen „Aktionsbüro Westdeutschland" wegen einer antisemitischen Hetzrede zu einer Haftstrafe verurteilt hatte. Zusammen mit einer früheren, zur Bewährung ausgesetzten Strafe muss Reitz nun für insgesamt 21 Monate ins Gefängnis. *peb* ■

Debatte im Gemeinderat

BURLADINGEN. Die zunehmenden Aktivitäten jugendlicher Neonazis in der Gemeinde Burladingen (Schwäbische Alb) haben nun auch den Gemeinderat der Stadt beschäftigt. Seit geraumer Zeit sind Neonazis und rechte Skinheads im Ort aktiv. In Jugendclubs und an der Grillstelle am Albvereinsbrunnen wurden sie gesichtet und auch in den Schulen breiten sie sich aus. Schüler tragen einschlägige Klamotten der rechten Szene und verbreiten Rechtsrock-CDs. Nach einem kürzlich stattgefundenen gewaltsamen Übergriff seien nun die Gerichte an der Reihe, teilte Bürgermeister Ebert mit und zeigte sich sichtlich genervt angesichts des Themas. Dies sei „ein gesamtgesellschaftliches Problem, das lösen wir hier in Burladingen nicht", meinte Ebert. Im übrigen wehre er sich dagegen, wenn versucht werde „wegen vereinzelter Vorfälle" die Stadt „braun anstreichen" zu wollen. Dies sahen andere Gemeindevertreter nicht so. Es wurde gefordert, gegen die zunehmenden Umtriebe der extremen Rechten vorzugehen. Diese Gruppe terrorisiere alle anderen, so Gemeinderat Debis und es müsse doch möglich sein, diese Bande in die Schranken zu weisen. Mit einer öffentlichen Diskussion in den Jugendclubs solle diesen der Rücken gestärkt und anfällige Jugendliche sensibilisiert werden, regte Gemeindevertreter Conradi an. Die bisherigen Maßnahmen seien jedenfalls nicht ausreichend, stellten mehrere Gemeindevertreter fest. Es sei Pflicht und Aufgabe von Demokraten, gegen das „Gesinnungsgesindel" vorzugehen: „Wehret den Anfängen", so ein Gemeinderat.

„Schwarzwälder Bote" 20.5.06 - hma ■

Durchweicht in Friedrichshafen

FRIEDRICHSHAFEN. Etwa 60 Neonazis sind am 20. Mai in Friedrichshafen unter dem Motto „Gegen Überwachung, Repression und Bespitzelung" aufmarschiert. Eine Rede des Versammlungsleiters Hayo Klettenhofer aus München, Funktionär der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten", gab es nicht und so standen die Neonazis auf dem mit großen Gittern zugestellten Franziskusplatz wortlos und fast ohne Zuschauer im Nieselregen. Die wenigen Dutzend GegendemonstrantInnen, von der Polizei auf große Distanz gehalten, gaben mit Sprechchören ihren Protest gegen den Naziaufmarsch zum Ausdruck. Es hätten durchaus mehr sein können, hätten nicht der Oberbürgermeister und das städtische „Bündnis für Toleranz und Demokratie" dafür geworben, die relativ kurzfristig angemeldete Veranstaltung der Neonazis zu „ignorieren".

Schon nach kurzer Zeit zogen die durchnässten Neonazis zum Bahnhof, um spontane Kundgebungen in Meckenbeuren, Überlingen, Wangen, Aulendorf, Lindau und Biberach durchführen zu wollen. Diese wurden jedoch von der Polizei untersagt. Insgesamt kein erfolgreicher Tag für die Neonazis, von denen nur ein Teil aus Friedrichshafen selbst kam. Die Polizei war mit einem Riesenaufgebot vor Ort vertreten. Auf 800 bis 1000 wurde die Zahl der Polizisten geschätzt. Auch Wasserwerfer hatten bereitgestanden. *hma* ■

Befreiungsdenkmal unerwünscht

ESTLAND/TALLIN. Der estnische Premierminister Andrus Ansip hat sich dafür ausgesprochen, dass im Zentrum der Stadt Tallin stehende Denkmal zur Erinnerung an die Befreiung der Stadt von den Nazis abreißen zu lassen. Das Monument sei „ein Symbol der Besatzung" und hätte schon längst an einen anderen Ort verbracht werden müssen, so Ansip in einem Rundfunkinterview. Ginge es nach Ansip, soll das Denkmal künftig auf einem sowjetischen Soldatenfriedhof am Rande der Stadt stehen. Sollte sich ein Massengrab unter dem Denkmal befinden, sollen die sterblichen Überreste der dort bestatteten Soldaten umgebettet werden. Erst kürzlich hatten estnische Nationalisten das Denkmal geschändet und die Figur eines sowjetischen Soldaten mit den Farben der estnischen Nationalflagge übermalt. Vertreter der russischen Minderheit der Stadt feiern vor dem Denkmal traditionell jedes Jahr am 9. Mai den Sieg über die Nazis. *hma* ■

Nazikonzert in Tostedt

TOSTEDT. Am Samstag, den 20. Mai, fand ein RechtsRock-Konzert im niedersächsischen Tostedt statt. Dieses Konzert wurde zunächst als Grillfeier angekündigt und sollte in der Gegend um Gifhorn stattfinden. Auf Grund des schlechten Wetters wurde es dann in die Bahnhofsgaststätte nach Tostedt verlegt. Konzertveranstalter waren vermutlich Nazis aus Sachsen-Anhalt, die auch immer wieder Konzerte in Niedersachsen durchführen.

Wie im Dezember 2004 in Bösel im Wendland, im März 2005 in Bröckel bei Celle und im Januar 2006 in Tespe bei Lüneburg.

Am Nachmittag tauchten die Konzertveranstalter am Bahnhof auf und begannen mit ihren Vorbereitungen. Am frühen Abend erschienen auch Polizeikräfte vor Ort, die die Zufahrtsstraßen zum Bahnhof absperrten. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich ungefähr 70 Nazis im Bahnhof. Die Polizei verhinderte eine weitere Anreise von Nazis und sprach nach eigenen Angaben 62 Platzweise gegen Nazis aus. Trotz allem konnten zwei Bands spielen. Dabei handelte sich es um „Preserve White Aryans“ und „Words of Anger“. „Preserve White Aryans“ kommen aus Estland und deren CD „Nordic Blood“ wurde im Februar 2006 in der BRD indiziert. Die aus Schleswig-Holstein stammende Band „Words of Anger“ tritt bei fast jedem Konzert in Norddeutschland auf und gehört zum Umfeld des Blood & Honour Aktivisten Torben Klebe aus Hamburg.

Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen ■

„Graue Wölfe“ in Stolberg am 4.6.

STOLBERG. ADÜTDF will am 4. Juni 2006 eine Veranstaltung in der Stolberger Stadthalle durchführen (siehe auch www.turkfederasyon.com/aciklama.php?kod=21&islem=konser). In dem Buch „Die Pseudodemokraten“ von Murat Cakir heißt es zu ADTÜDF:

„Der Verband unterliegt der strengen Kontrolle der MHP. Die Funktionäre des Verbandes werden von der Parteizentrale in Ankara ernannt. Die ADÜTDF fungiert als inoffizielle Auslandsorganisation der MHP in Europa. An allen zentralen Veranstaltungen nehmen hohe Parteifunktionäre, Minister und Abgeordnete der MHP teil. Bis zu seinem Tod war Alparslan Türkes bei den jährlichen Kongressen des Verbandes anwesend. Die Aktivitäten des Verbandes sind daher i.d.R. politisch ausgerichtet.“ Und weiter: „Die Türk Föderation unterhält seit ihrer Gründung enge Beziehungen zu rechtsextremen und neofaschistischen Organisationen. Schon 1970 hatte der NPD-Chef A. von Thadden den MHP Führer Türkes in die Bundesrepublik eingeladen. Die inzwischen verbotenen Organisationen wie FAP, Aktionsfront Nationaler Sozialisten, Wehrsportgruppe Hoffmann und andere hatten engen Kontakt mit den führenden Vorstandsmitglieder der Türk Föderation.“

Dass der Pächter der Stolberger Stadthalle an die „Grauen Wölfe“ vermietet, erklärt vielleicht auch, warum er die NPD zum 40zigsten beherbergte. In der Neonazi-Szene gibt es derzeit Diskussionen, die Zusammenarbeit deutscher und türkischer „Nationalisten“ zu intensivieren. Es wäre also durchaus denkbar, das die Stolberger NPD bei der ADÜTDF auftauchen könnte ...

Antifa Stolberg ■

8. Mai – NPD-Aufmarsch verhindert

BERLIN. Rund 10.000 antifaschistische DemonstrantInnen zogen am 8. Mai 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, vom Bertold-Brecht-Platz zum Alexanderplatz, um den von dort angesetzten Aufmarsch von etwa 2200 Neofaschisten zu verhindern. Am ursprünglich geplanten Versammlungstreffpunkt der NPD am Brandenburger Tor veranstaltete der Berliner Senat einen „Tag der Demokratie“.



Der Alexanderplatz war weiträumig durch Polizei mit Wasserwerfern und Räumpanzern abgesperrt. Ein Durchdringen zur Kundgebung der Nazis war unmöglich, jedoch blockierten Tausende die geplante Route der NPD-Demo und die umliegenden Straßen. Es war offensichtlich, dass die Polizeiführung diesmal keinen politischen Auftrag hatte, den Weg für die Nazis freizumachen. Nach stundenlangem Warten kapitulierten die Faschisten und verschwanden unter Polizeischutz mit der S-Bahn.

Umbrucharchiv ■

Antifaschistischer Streikposten gegen Naziaufmarsch

MÜNCHEN. Deutliche Stellung gegen einen Neonaziaufmarsch bezogen streikende Beschäftigte der vier staatlichen Theater in München am 8. Mai 2006. Als die Rechtsextremen den Max-Joseph-Platz vor der Oper betraten, entrollten die Gewerkschafter auf den Stufen des Opernhauses ein 20 Meter langes Spruchband mit der Aufschrift „Antifaschistische Streikposten“. Die Theaterleute des Residenztheaters, Gärtnerplatztheaters, Prinzregententheaters und der Oper streiken zusammen mit anderen Landesbeschäftigten gegen Einkommensverluste und die Verlängerung ihrer Arbeitszeit auf 42 Stunden. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordert vom Freistaat die Annahme des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst.



Mehrere Hundertschaften Polizei hatten die Münchner Innenstadt in ein Heerlager verwandelt. Sie schützten knapp zwei Dutzend Mitglieder der NPD und der Kameradschaft München, die sich um ein Transparent mit der Aufschrift „8. Mai: Besiegt und besetzt – wir feiern nicht“ versammelt hatten. Die Neonazis, darunter der oberbayerische NPD-Vorsitzende Roland Wuttke und der wegen Körperverletzung vorbestrafte Kameradschaftsführer Norman Bordin, schwenkten unter anderem preußische und iranische Fahnen und spielten Wehrmachtsberichte vom Band. Vor den Polizeigittern protestierten mehrere Hundert Antifaschisten, dabei auch Mitglieder der ver.di-Jugend mit ihren Fahnen, lautstark gegen den Naziaufmarsch.

Nick Brauns ■

Erneute Pleite für Nazis in Göttingen

GÖTTINGEN. Nach dem Desaster vom 29.10.05 erlebten am 13. Mai 2006 NPD-Anhänger und „Freie“ Kameradschaften erneut eine herbe Niederlage. Der antifaschistische Widerstand konnte dagegen noch einmal deutlich zulegen. Dem Aufruf von u.a. Christian Worch folgten lediglich 100 bis 200 Neofaschisten. Polizei und Stadt scheuten keine Kosten und Mühen, diesen jämmerlichen Haufen von mehr als 6.000 Polizeibeamten und Sondereinheiten aus dem gesamten Bundesgebiet schützen zu lassen – pro Nazi also zwischen 30 und 60 Polizeibeamte. Zu der breit angelegten Bündnisdemonstrationkamen wesentlich mehr TeilnehmerInnen als noch am 29.10. Trotz des anfangs schlechten Wetters machte sich die Demonstration um kurz nach 11 Uhr auf den Weg und wuchs bei ihrem Weg durch die Innenstadt kontinuierlich bis auf 7–10.000 TeilnehmerInnen an. So weit man schauen konnte – die Göttinger Fußgängerzone war auf ihrer gesamten Länge von der Demonstration gefüllt. Die Stimmung auf der Demonstration war sehr gut und

von Solidarität und gegenseitigem Respekt geprägt – die Strategie der Stadt und der Polizeiführung, den Widerstand in „gute“ und „böse“ Demonstranten zu spalten, ging damit nicht auf. Und es zeigte sich auch, dass 6.000 martialisch ausgerüstete Polizeibeamte mit Wasserwerfern, Räumpanzern, Hubschraubern und zum Teil vermummten Sondereinheiten, die die Demo im Spalier begleiteten, nicht ausgereicht haben, den Widerstand gegen den Naziaufmarsch zu schwächen und zu spalten. Im Gegenteil. Dieser Tag dürfte erneut dazu geführt haben, dass die antifaschistische Linke Sympathien gewonnen hat und gestärkt aus diesem Tag geht. Ein wichtiges Ergebnis, auch für zukünftige Bündnisse.

www.puk.de ■



Bild: Transparent von Kollegium und Schülerrat der Albanischule Göttingen. Sie hatten erst kürzlich eine Gedenkveranstaltung zur Bücherverbrennung durchgeführt. www.goest.de

Nazis wegen Überfall verurteilt

FRANKFURT. Am 15.5. sind vor dem Jugendschöffengericht in Frankfurt drei NeoNazis zu Haft- bzw. Arreststrafen verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die aus dem Umfeld der „Freien Nationalisten Rhein-Main“ stammenden Angeklagten R. Altensen, D. Embs und V. Dahl am 24. April 2005 an einem gewalttätigen Angriff auf vier Antifaschisten in Sachsenhausen maßgeblich beteiligt waren.

Der – zumindest polizeilich – noch nicht einschlägig in Erscheinung getretene Embs wurde zu zwei Wochen Jugendarrest ohne Bewährung, der mehrfach auch polizeilich aufgefallene Altensen zu vier Wochen Arrest ohne Bewährung und 50 Sozialstunden, der einschlägig vorbestrafte Dahl zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Die Sprecherin der antifa [f] sagte: „Das Urteil ist auch ein Ergebnis der antifaschistischen Aufklärungsarbeit über die Zustände in Frankfurt-Sachsenhausen. es kann trotzdem nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Behörden in Frankfurt Naziübergriffe verschweigen und die im heutigen Verfahren wieder deutlich gewordene Existenz einer organisierten Naziszene leugnen.“

Beim Prozess war eine handvoll NeoNazis im Zuschauerraum anwesend. Mehrere ebenfalls am Überfall beteiligte NeoNazis sagten als „Zeugen“ aus. Die als Entlastungszeugen für ihre Kameraden vorgesehenen NeoNazis, verhedderten sich jedoch angesichts zahlreicher Belege für ihre gemeinsamen Aktivitäten in ein großes Durcheinander von Lügen. Einige erwartet nach ihren Aussagen nun wohl ein Verfahren wegen Falschaussage.

PM antifa (f) ■

NeoNazis wollen am 17. Juni in Frankfurt demonstrieren

FRANKFURT/MAIN. Das „Aktionsbüro Widerstand Nord“ hat für den 17. Juni in Frankfurt eine Demonstration angekündigt. Hinter den als Veranstaltern fungierenden „regionalen freien Nationalisten“ verbirgt sich niemand anders als die „Freien Nationalisten Rhein-Main“, von denen einige vor wenigen Tagen wegen Körperverletzung zu Arrest- bzw. Haftstrafen verurteilt wurden und deren Führungskader Wöll, Müller und Elser in Butzbach-Hochweisel leben. (siehe voranstehende Meldung) Bei der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt wurde bekannt, dass Anmelder der Demonstration wohl Marcel Wöll, zentrale Figur der „Freien Nationalisten Rhein-Main“ ist.

Gegen die Freien Natioalisten hatte es im vergangenen Jahr und am 28. Januar diesen Jahres Informationsveranstaltungen und eine Demonstration mit breiter Beteiligung gegeben gegen ihr Schulungs- und Rückzugszentrum in Butzbach-Hochweisel. Die unauffälligen „freundlichen Nachbarn“, als die die Nazi-Aktivisten in Butzbach-Hochweisel bislang weitgehend wahrgenommen werden, zeigen inzwischen in der ganzen Region, wer sie wirklich sind.

Beim Prozess gegen die „Kameraden“ Wölls, Altensen, Embs und Dahl wurde deutlich: obwohl Polizei und Ordnungsdezernat in Frankfurt das Gegenteil behaupten: es gibt organisierte Nazi-Strukturen in dieser Stadt und der Region. Darüber verharmlosend hinwegzureden, stärkt genau diese Strukturen.

Anti-Nazi-Koordination ■

Laut DGB-Vorsitzendem Harald Fiedler ist aus Sicht der Frankfurter Gewerkschaften die geplante Nazi-Demonstration am 17.6. eine ungeheuerliche Provokation. Politik und Wirtschaft seien dazu aufgerufen, die multikulturelle Vielfalt, die Internationalität und Weltoffenheit Frankfurts unter Beweis zu stellen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Region Frankfurt-Rhein-Main werde sich entsprechend beteiligen.“ *PM, 19.5.06* ■

Suchers „Heil“

ÖSTERREICH/WIEN. Für Aufregung sorgte der Auftritt von Walter Sucher beim Landesparteitag der FPÖ-Wien. Der „Alte Herr“ der rechtsextremen „Burschenschaft Olympia“ und Vorsitzende des ebenfalls rechtsextremen „Ringes volkstreuer Verbände“ warnte dort am 6. Mai vor einer Verleugnung des „deutschen Volkstums“ und rief zu dessen Schutz auf. Weiter sprach Sucher von der zu erhaltenden Wortwahl der Deutschvölkischen. Man lasse es sich nicht nehmen, Lieder wie die SS-Hymne „Wenn alle untreu werden“ auch heute noch zu singen. Schließlich beendete Sucher seine Rede mit einem Gruß, „der wirklich unser alter Gruß ist […]. Ich grüße euch alle mit einem kräftigen Heil!“ Angesichts der Nähe dieses „200 Jahre alten Grußes“ (Sucher) zu dem der Nationalsozialisten und vor allem des politischen Hintergrundes Suchers und vieler seiner Zuhörer leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz ein. Sucher, der 2002 „Grußworte“ an das neonazistische „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes“ schickte, sieht sich und seine Partei als Opfer einer „Hetze“. *www.doew.at* ■

FPÖ dichtet Bundeshymne um

ÖSTERREICH. Die als militante „Österreich-Partei“ auftretende FPÖ sieht sich mit einer Anzeige wegen des Verdachtes der „Verächtlichmachung/Herabwürdigung“ der österreichischen Bundeshymne konfrontiert. Die Ortsgruppe Bruck an der Mur hat in ihrem Schaukasten nämlich eine umgedichtete Version der Hymne angebracht. Dort heißt es unter anderem: „Land der Türken und Araber, Land der Slawen und auch Neger, Land der Moslems, fundamentalistenreich. Heimat, hast du wenig Kinder, brauchst daher auch noch die Inder. Multikulturelles Österreich!“ *Neues von ganz rechts, Mai 2006-05-26 www.doew.at* ■

„Wohlfühldiktatur“

DRESDEN. Der NPD-Lamdtagsabgeordnete Uwe Leichsenring hat in einem Interview mit dem Plauener Vogtlandanzeiger erklärt: „Das Dritte Reich war eine Wohlfühldiktatur mit 95 Prozent Zustimmung.“ Der SPD-Landtagsfraktionschef Cornelius Weiss sagte dazu, Leichsenring verdrehe die Geschichte und versuche, die Nazi-Diktatur zu verharmlosen. In dem Interview wiegelte Leichsenring fremdenfeindliche Gewalt ab und ließ laut FR vom 23.5. durchblicken, er würde den Holocaust öffentlich leugnen, wenn dies nicht unter Strafe gestellt wäre. Der NPD-Mann, der vor Kurzem erst „Sonderzüge“ zum Abtransport von Linken im sächsischen Landesparlament forderte, ist wegen Volksverhetzung inzwischen bereits mehrfach von Parlamentssitzungen ausgeschlossen worden.

Quelle: FR 23.5.06 – u.b. ■

Befürchtungen, dass das geplante Internationale Maritime Museum von Peter Tamm zu einer Pilgerstätte von Militaristen, Ewiggestrigen und Neonazis werden könnte, bestätigten sich am 15. Mai 2006, als ca. 60 Personen aus der extrem rechten „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG)" und dem „Bismarckbund (BB) in Tamms Wissenschaftlichem Institut für Marinegeschichte an der Elbchaussee zu Gast waren.

Extreme Rechte zu Gast bei Tamm

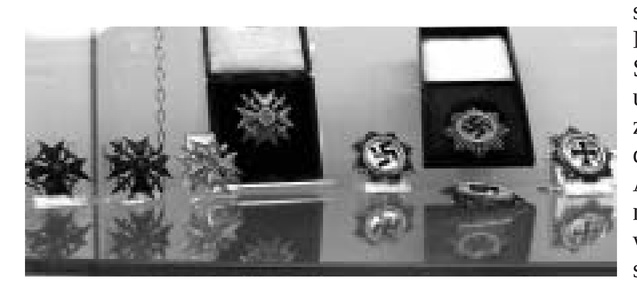
Gleich zu Beginn der Führung wurde ein Prospekt über das Hörbuch „Der Krieg der viele Väter hatte" von Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rohnhof als Einstimmung ins Thema verteilt. Das Buch ist ein Bestseller in rechtsextremistischen Kreisen, weil darin die deutsche Schuld am II. Weltkrieg relativiert wird. Tamm, den Axel Springer einst als Rechtsradikalen bezeichnete, konnte seine Gesinnungsgenossen zwar nicht persönlich empfangen, er dürfte aber wissen wer SWG und BB sind, schließlich ist er mit beiden Organisationen bzw. ihren Funktionären bekannt.

Die SWG – Militaristen kämpfen für die Ehre der Wehrmacht

Gegründet wurde die SWG von den ehemaligen NS-Funktionären Karl-Friedrich Grau, Arthur Mißbach und Hugo Wellems. Letzterer war bis zu seinem Tode 1995 Vorsitzender und konnte auf eine lange NS-Karriere zurückblicken: Mitglied der Legion Condor im spanischen Bürgerkrieg, Referent im Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda sowie Leiter des Propagandaamtes in Kauen. In den 80er Jahren stand Prof. Emil Schlee, Spitzenfunktionär der REP, als stellvertretender Vorsitzender Wellems zur Seite. An Wellems Stelle bei der SWG trat 1995 Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler, ein Militarist, der schon immer für eine Entlastung der deutschen Wehrmacht eintrat. Er war Herausgeber einer Festschrift für den verurteilten Holocaust-Leugner David Irving und kokettiert auch selbst schon mal mit der Auschwitz-Lüge, wenn er behauptet: „Wir haben zwar bis heute – anders als für die Vertreibung und die Kriegsgefangenen – noch keine amtlichen Dokumente über den Massenmord an den Juden."

Die nun schon seit 40 Jahren stattfindenden Vorträge der SWG werden gelegentlich von mehr als 100 Personen des konservativen bis neofaschistischen Spektrums besucht. Die Themenpalette der Vorträge umfasst Geschichtsrevisionismus, Revanchismus, Nationalismus und Rassismus. Laut Rechtsextremismus-Experten Prof. Wolfgang Gessenharter ist die SWG ein wichtiges Scharnier zwischen Konservativen und Rechtsextremisten. 2001 waren dem Hamburger VS-Vize Manfred Murck „personelle Überschneidungen zu rechtsextremistischen Organisationen bekannt."

Beim Besuch der Tamm'schen Sammlung führte der Regioleiter der SWG Manfred Backerra seine Truppe im Kommando-Ton durch die Ausstellung und sorgte gelegentlich mit Ergänzungen für das „rechte" Geschichtsbild. So wusste er zu berichten, dass Tirpitz keine Hochrüstung der deutschen Kriegsflotte betrieben hätte, die Kaiserliche Marine hätte nur eine Abschreckungsstrategie verfolgt. Bezüglich des II. Weltkrieges wusste er, die Weltmachtpläne Hitlers wären völliger Unsinn gewesen. Und Kameraden Backerras ergänzten, dass „Churchill und Roosevelt unsere Kultur kaputtgemacht haben, unter dem Deckmantel Hitler zu bekämpfen." Der ehemalige Chefdozent für Militärisches Nachrichtenwesen an der „Führungsakademie der Bundeswehr (FÜAK)" gehört zu jenen Militärs, welche zwar immer von den Heldentaten der Wehrmacht schwärmen, aber erst mit der gesicherten Pension im Rücken so richtig offen zeigten, wes Geistes Kind sie sind: 2001 und endgültig 2004 bekam seine Hamburger SWG Hausverbot bei Backerras ehemaligem Arbeitgeber FÜAK für Veranstaltungen. Bereits 1999 wurde dem Oberst a.D. die Durchführung einer Propaganda-Veranstaltung gegen die Wehrmachtsausstellung im Hamburger Verteidigungskommando 10 der Bundeswehr verboten. Damals agierte Backerra als Sektionsleiter Hamburg der „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik", in deren bundesweitem Kuratorium Peter Tamm sitzt. Wahrscheinlich für solche Verdienste bekam Backerra im Oktober letzten Jahres den goldenen Bismarckorden des Bismarckbundes.



NS-Militärorden in Tamms Sammlung: Spanienkreuze (links) und Deutsche Kreuze (Bildquelle: Friedrich Möwe, Tamm-Tamm)

Preussisches Soldatentum und Untertanengeist

Diese „Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewußtseins", dürfte Peter Tamm auch bekannt sein. Schließlich erhielt er 1999 von den extrem rechten Preußenfans ebenfalls jene höchste Auszeichnung, als „Anerkennung für bewiesene vaterländische Gesinnung". Dass zwei Jahre zuvor „Der Spiegel" zu berichten wusste, dass auch Mitglieder verbotener rechtsextremistischer Organisationen, ehemalige NS-Funktionäre und der ehemalige Europaabgeordnete der Republikaner Emil Schlee Bismarck-Orden tragen, scheint Tamm bis heute nicht zu tangieren. Alljährlich lädt der Ehrenvorsitzende des BB Ferdinand Fürst von Bismarck zum 3. Oktober zu einem preussisch-nationalistischem Mummenschanz auf sein Schloss in Friedrichsruh, um feierlich die Medaillen zu verleihen. 2004 bekam der rechte Multifunktionär Albrecht Jebens den Bismarckorden in Gold, er war zu dieser Zeit im Vorstand der „Gesellschaft für Freie Publizistik", laut VS-Berichten die „bedeutendste rechtsextremistische Kulturvereinigung" der BRD. „Seine Durchlaucht" wie Ferdinand von Bismarck in diesen Kreisen untertänigst angeredet wird, verfügt über gute Kontakte zu Rechtsextremisten z.B. zu dem VS-bekannten Verleger Dietmar Munier. Mitbegründer des BB war der o.g. ehemalige NS-Propagandist Hugo Wellems.

Bei dem Besuch der Tamm'schen Sammlung war der Vorsitzende des LV-Hamburg des BB Roger Zörb dabei. Der Rechtsanwalt und Vorsitzende des Altherrenverbandes der schlagenden Verbindung „Corps Irminsul" hat eine lange rechte Karriere hinter sich. 1991 fand er sich im Adressbuch des Neonazi-Führers Michael Kühnen. Über sein Engagement mit Mitgliedern der neofaschistischen „Burschenschaft Germania Hamburg" in der Liste „Uni aktiv", gelangte er schließlich 2003 in den Vorstand der SWG. Letztes Jahr glückte ihm ein besonderer Coup: Seine Verbindung veranstaltete trotz Protest der Hamburger Bürgerschaft einen Festkommers mit dem Antisemiten Konrad Löw im Ratsweinkeller des Hamburger Rathauses. Dass Zörb stellvertretender Vorsitzender der „Wirtschaft- und Mittelstandvereinigung" der CDU ist, störte diese bisher nicht.

Nicht nur SWG und BB begeistern sich für die Militaria-Sammlung von Peter Tamm, auch Alt- und Neonazis sind hier gerne zu Gast. So schrieb der „Freundeskreis Filmkunst e.V. (FFK)" 1999 in dem Bericht seiner Hauptversammlung: „Mehrere Male wurde das Maritime Museum an der Elbchaussee besucht."

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung: Extreme Rechte zu Gast bei Tamm

Auch 2002 besuchten die Nazis um den berüchtigten Anwalt Jürgen Rieger, jetzt umbenannt in „Norddeutscher Kulturkreis e.V.“ die Militaria-Sammlung. Die Filmfreunde veranstalten seit über 40 Jahren Filmvorführungen mit indizierten Filmen aus dem Dritten Reich und mieten dafür gelegentlich Kinos in Hamburg. Der Gründergeneration gehörten zum Teil noch Mitglieder von NS-Organisationen oder deren verbotenen Nachfolgeorganisationen an. 1979 erwarb der FFK für Jürgen Rieger das Nazi-Zentrum Hetendorf 13 in Niedersachsen, welches inzwischen von den Behörden geschlossen wurde.

Auch von den Filmfreunden gibt es eine Verbindung zu Peter Tamm. In dessen pseudowissenschaftlicher Verlagsgruppe Köhler/Mittler veröffentlichte das FFK-Gründungsmitglied Hans-Georg Prager.

Extreme Rechte publizieren bei Tamm

Dass bei Köhler/Mittler viele kriegsverherrlichende und teilweise geschichtsrevisionistische Literatur veröffentlicht wird, wurde schon häufig kritisiert und auch, dass der Mittler-Verlag eine eindeutige Vergangenheit hat.

Weniger bekannt dürfte sein, dass sich neben Prager, auch aktuell Autoren im Verlagsprogramm finden lassen, die aus der extremen Rechten kommen, dort publizieren oder referieren:

◗ Alfred M. de Zayas – reaktionärer Völkerrechtler, Revanchist, häufiger Autor im Ostpreußenblatt (jetzt Preussische Allgemeine Zeitung) und 2004 Referent bei einer SWG-Veranstaltung gegen die Wehrmachtsausstellung.

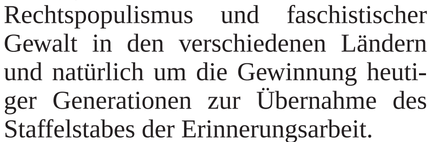
◗ Wjatscheslaw Daschitschew – russischer Historiker und häufiger Autor und Interviewpartner in der „Nationalzeitung“, der größten rechtsextremistischen Zeitung der BRD, sowie dieses Jahr Referent bei der o.g. „Gesellschaft für freie Publizistik“.

◗ Walter Post – wurde mit seinem Mittler-Buch „Unternehmen Barbarossa“ zu einem Hauptagitator der extremem Rechten gegen die Wehrmachtsausstellung. Der Kriegsschuldleugner rechtfertigte 1995 in einem Vortrag bei der SWG Gefangenen- und Geiselerschießungen und äußerte Verständnis für Massakker an den osteuropäischen Juden im Rahmen der Kriegsführung.

◗ Franz Uhle-Wettler – war 1992 im Kuratorium der damals geplanten „Franz-Schönhuber-Stiftung“ der rechtsextremistischen Republikaner. Er referiert seit Jahren bei rechtsextremistischen Veranstaltungen, 1998 dozierte er bei der SWG über „Gedanken zur Traditionswürdigeit der Wehrmacht.“ *erk* ■

FIR-Kongress in Belgien

Erfolgreiche Konferenz der internationalen antifaschistischen Bewegung



BRÜSSEL. Die rassistischen Morde von Antwerpen, begangen von einem 18 jährigen Anhänger der extremen Rechten an zwei ausländischen Frauen und einem dreijährigen Kind, unterstrichen einmal mehr die Aktualität und Notwendigkeit einer Konferenz der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), die unter dem Titel „60+1 Jahre Antifaschismus in Europa“ vom 10. bis 13. Mai in Brüssel stattfand. Das Thema bezog sich zwar auf den 8./9. Mai, den Tag der Befreiung vom Faschismus, der in manchen Ländern zurecht als „Tag des Sieges“ begangen wird, die Konferenz selber beschäftigte sich gleichermaßen mit Erinnern und Handeln gegen Neofaschismus und rassistische Gewalt heute.

Mehr als 60 Delegierte aus 17 Ländern Europas, Israel und den USA, unter ihnen Partisanen aus Ost und West, ein General der Roten Armee, Verfolgte des Faschismus und Angehörige heutiger Generationen, nahmen an der Konferenz teil. Auf Einladung der parlamentarischen Gruppe GUE/NGL tagte die Konferenz im Europaparlament.

Begrüßt durch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments Helmuth Markow (GUE/NGL) und Gyula Hegi (Sozialistische Fraktion) traten die Delegierten in einen intensiven Meinungsaustausch. Die Bandbreite der Themen war so vielfältig wie die internationale antifaschistische Bewegung selber. Es ging um die Bewahrung der Erinnerung an den antifaschistischen Kampf und die Zurückweisung aller geschichtsrevisionistischen Verfälschungen, die Fortsetzung der Arbeit in den Gedenkstätten, wenn die Überlebenden nicht mehr als Zeitzeugen zur Verfügung stehen, die Verbindung des historischen Vermächtnisses mit den sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Gegenwart, die Auseinandersetzung mit Neofaschismus, Rechtspopulismus und faschistischer Gewalt in den verschiedenen Ländern und natürlich um die Gewinnung heutiger Generationen zur Übernahme des Staffelstabes der Erinnerungsarbeit.

„Hier wurde nicht über die Jugend, sondern mit der Jugend gesprochen. Die jüngste Teilnehmerin war 20 Jahre alt,“ betonte der Generalsekretär der FIR, Dr. Ulrich Schneider.

Am Vortag der Beratung im Parlament besuchten die Delegierten die Gedenkstätten des Fort Breendonk und das Museum des jüdischen Widerstandes in Mechelen und legten Kränze zum Gedenken der Kämpfer und Opfer nieder. Vilmos Hanti, Vizepräsident der FIR, war beeindruckt von der großen Zahl junger Besucher: „Das ist ein eindrucksvoller Beleg für die antifaschistische Erziehung in Belgien.“

Am Abend wurde in einer festlichen Atmosphäre der 55. Jahrestag der Gründung der FIR begangen. „Der politische Gehalt dieser Konferenz belegt die Bedeutung und Lebendigkeit unserer internationalen Vereinigung“, unterstrich Michel Vanderborght, Präsident der FIR. Daher sollen die Ergebnisse der Konferenz als Buch und in anderen Medien publiziert werden. Die Teilnehmer verabredeten darüber hinaus konkrete Schritte zur Weiterarbeit, z.B. eine Tagung Ende September in Moskau, eine Beratung zur antifaschistischen Jugendarbeit gemeinsam mit Vertretern des Europaparlaments und die Unterstützung eines internationalen Jugendtreffens in der KZ Gedenkstätte Buchenwald im Frühjahr 2007.

nähere Informationen unter www.fir.at ■

Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) begrüßt Archiv-Öffnung

Mit großer Zufriedenheit hat der Generalsekretär der FIR, Dr. Ulrich Schneider, auf die Ankündigung reagiert, dass das Archiv des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen endlich für die wissenschaftliche Forschung geöffnet werden soll. „Damit ist unser langjähriges politisches Bestreben endlich Realität geworden. In dem Archiv lagern die Dokumente von Millionen Verfolgter und Opfer des faschistischen Terrors. Ihr Schicksal kann nun angemessen erforscht und dokumentiert werden.“

Die FIR hatte an die Tagung der Signatarstaaten in Luxemburg appelliert, ihre Blockadepolitik gegenüber einer Öffnung des Archivs für wissenschaftliche Zwecke aufzugeben. Immer wieder wurden seitens der Archivleitung Bedenken vorgeschoben, die eine Nutzung der Bestände für die geschichtliche Aufklärungsarbeit behinderten. Die jüngste Entscheidung kann nun dazu beitragen, den Opfern nun wieder einen Namen und eine Identität zu geben. Auch die Forschungen zu einzelnen Orten des faschistischen Terrors, z.B. dem KZ Buchenwald, können auf dieser Grundlage intensiviert werden, lagert doch in Arolsen die komplette Häftlingskartei des KZ und große Bestände der Transportlisten in die Außenkommandos. ■

133 Todesopfer rechtsextremer Gewalt: 26 Menschen in Brandenburg ermordet!

Angesichts der vielen aktuellen Nachfragen zur Äußerung von Herrn Heye und der „Reisewarnung für den Osten" hat die Antonio-Amadeu-Stiftung noch einmal eine aktuelle Aufstellung der Todesopfer rechter Gewalt veröffentlicht. Dabei sind im Verhältnis zur Bevölkerungszahl deutlich mehr Menschen in Ostdeutschland (60), als in Westdeutschland (71) umgebracht worden. Insbesondere in Brandenburg (26) sind überdurchschnittlich viele Menschen zu Tode gekommen! Die hohen Zahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sind u. a. dem Brandanschlag in der Nacht zum 18. Januar 1996 auf ein Flüchtlingsheim in Lübeck, wo zehn Personen verbrannten, sowie dem Brandanschlag in Solingen, bei dem fünf Mitglieder der Familie Genc starben, geschuldet. Heraus sticht ebenfalls noch die Hauptstadt Berlin, in der elf Menschen umkamen.

Zur Zählung: Aufgenommen wurden Fälle, bei denen die Tat nachgewiesenermaßen aus rechtsextremen, antisemitischen und rassistischen Motiven (dazu zählt auch der Hass auf ‚Andersartige', ‚Fremde' oder ‚Minderwertige') begangen wurde oder dafür plausible Anhaltspunkte bestehen. Dazu kommen solche, in denen der oder die Täter nachweislich einem entsprechend eingestellten Milieu zuzurechnen sind und ein anderes Tatmotiv nicht erkennbar ist. Weiterhin wurden Fälle hinzugenommen, bei denen die Täter zwar nicht der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind, die Motivation für die Tat jedoch von einer rassistischen Einstellung und einem rechtsradikalen Weltbild zeugt.

Dieser Recherche liegen u.a. zugrunde: die Chroniken der ‚Frankfurter Rundschau', des ‚Tagesspiegel', die ‚Wanderausstellung Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland', die Recherchen des Zentrums Demokratische Kultur (ZDK) und des Internetportals www.mut-gegen-rechte-gewalt.de. Zudem wurden die Fälle in den folgenden weiteren Zeitungen recherchiert: Die Zeit, Der Spiegel, Die Welt , FAZ, Süddeutsche Zeitung (überregional) und Berliner Morgenpost, Junge Welt Berlin, Der Tagesspiegel Berlin, Berliner Zeitung, Bremer Nachrichten, Sächsische Zeitung, Hamburger Morgenpost, Kieler Nachrichten, Leipziger Volkszeitung und die tageszeitung (taz). In Zweifelsfällen wurden auch die Gerichtsurteile und die Auskünfte von Gerichtspressestellen berücksichtigt. Die Recherchen wurden von Anna Fischer, Holger Kulick und Timo Reinfrank durchgeführt.

Nationale Beobachtungsstelle schaffen

Berlin. Nach dem rassistisch motivierten Überfall auf den Berliner Abgeordneten der Linkspartei.PDS Giyasettin Sayan hat die stellv. Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Petra Pau die Forderung erneuert, eine „nationale Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus" einzurichten. „Die rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten nehmen zu. Das belegt die offizielle Statistik für 2005 und das erhärten die aktuellen Überfälle aus rassistischen Gründen, in Potsdam, Berlin und anderswo", so die Abgeordnete. „Zugleich zeigen Quervergleiche: Die realen Zahlen über rechtsextremistische und rassistisch motivierte Straf- und Gewalttaten liegen noch weit über den offiziell angegebenen Zahlen." Eine Beobachtungsstelle könne das Ausmaß rassistischer und Gewalt in Deutschland unabhängig ermitteln und endlich ein realistisches Bild über die Gefahr von Rechts zeigen. Die Fraktion hat eine Anhörung zum Thema beantragt. *PM Petra Pau* ■

Liste der Todesopfer rechtsextremer Gewalt (Todesdatum, Vorname, Name, Ort des Übergriffs, Bundesland)

1) 07.10.1990 Andrzej Fratczak, Lübbenau (Brandenburg)
2) 25.11.1990 Amadeu Antonio Kiowa, 28 Jahre, Eberswalde (Brandenburg)
3) 11.12.1990 Klaus-Dieter Reichert, 24 Jahre, Berlin-Lichtenberg
4) 28.12.1990 Nihad Yusufoglu, 17 Jahre, Hachenburg (Rheinland-Pfalz)
5) 31.12.1990 Obdachloser, 31 Jahre, Flensburg (Schleswig-Holstein)
6) 01.01.1991 Alexander Selchow, 21 Jahre, Göttingen (Niedersachsen)
7) 06.04.1991 Jorge João Gomondai, 28 Jahre, Dresden (Sachsen)
8) 04.06.1991 Helmut Leja, 39 Jahre, Kästorf (Niedersachsen)
9) 16.06.1991 Agostinho Comboio, Friedrichshafen (Baden-Württemberg)
10) 19.09.1991 Samuel Kofi Yeboah, 27 Jahre, Saarlouis (Saarland)
11) 03.12.1991 Gerd Himmstädt, 30 Jahre, Hohenselchow (Brandenburg)
12) 12.12.1991 Timo Kählke, 29 Jahre, Meuro (Brandenburg)
13) 31.01.1992 dreiköpfige Familie aus Sri Lanka, Lampertheim (Hessen)
14) 04.03.1992 Matthias Knabe, 23 Jahre, Gifhorn (Niedersachsen)
15) 15.03.1992 Dragomir Christinel, 18 Jahre, Saal (Mecklenburg-Vorpommern)
16) 18.03.1992 Gustav Schneeclaus, 53 Jahre, Buxtehude (Niedersachsen)
17) 19.03.1992 Ingo Finnern, 31 Jahre, Flensburg (Schleswig-Holstein)
18) 04.04.1992 Erich Bosse, Hörstel (Nordrhein-Westfahlen)
19) 24.04.1992 Nguyen Van Tu, 29 Jahre, Berlin
20) 09.05.1992 Thorsten Lamprecht, 23 Jahre, Magdeburg (Sachsen-Anhalt)
21) 01.07.1992 Emil Wendtland, 50 Jahre, Neuruppin (Brandenburg)
22) 08.07.1992 Sadri Berisha, 56 Jahre, Ostfildern-Kemnat (Baden-Württemberg)
23) 01.08.1992 Dieter Klaus Klein, 49 Jahre, Bad Breisig (Rheinland-Pfalz)
24) 03.08.1992 Ireneusz Szyderski, 24 Jahre, Stotternheim (Thüringen)
25) 24.08.1992 Frank Bönisch, 35 Jahre, Koblenz (Rheinland-Pfalz)
26) 05.09.1992 Günter Schwannecke, 58 Jahre, Berlin-Charlottenburg
27) 24.10.1992 Waldtraud Scheffler, Geierswalde (Sachsen)
28) 07.11.1992 Rolf Schulze, 52 Jahre, Lehnin (Brandenburg)
29) 13.11.1992 Karl Hans Rohn, 53 Jahre, Wuppertal (Nordrhein-Westfahlen)
30) 21.11.1992 Silvio Meier, 27 Jahre, Berlin
31) 23.11.1992 Bahide Arsaln, 51 Jahre, Mölln (Schleswig-Holstein)
32) 23.11.1992 Yeliz Arslan, 10 Jahre, Mölln (Schleswig-Holstein)
33) 23.11.1992 Ayse Yilmaz, 14 Jahre, Mölln (Schleswig-Holstein)
34) 18.12.1992 Hans-Jochen Lommatsch, 51 Jahre, Oranienburg (Brandenburg)
35) 27.12.1992 Sahin Calisir, 20 Jahre, Meerbusch (Nordrhein-Westfalen)
36) 18.01.1993 Karl Sidon, 45 Jahre, Arnstadt (Thüringen)
37) 24.01.1993 Mario Jödecke, Schlotheim (Thüringen)
38) 25.02.1993 Mike Zerna, 22 Jahre, Hoyerswerda (Sachsen)
39) 09.03.1993 Mustafa Demiral, Mülheim/Ruhr (Nordrhein-Westfalen)
40) 12.03.1993 Hans-Peter Zarse, 18 Jahre, Uelzen (Niedersachsen)
41) 26.04.1993 Matthias Lüders, 23 Jahre, Obhausen (Sachsen-Anhalt)
42) 26.05.1993 Jeff Dominiak, 25 Jahre, Waldeck (Hessen)
43) 29.05.1993 Gürsün Ince, 27 Jahre, Solingen (Nordrhein-Westfalen)
44) 29. 05.1993 Hatice Genc, 18 Jahre, Solingen (Nordrhein-Westfalen)
45) 29. 05.1993 Gülüstan Öztürk, 12 Jahre, Solingen (Nordrhein-Westfalen)
46) 29. 05.1993 Hülya Genc, 9 Jahre, Solingen (Nordrhein-Westfalen)
47) 29. 05.1993 Saime Genc, 4 Jahre, Solingen (Nordrhein-Westfalen)
48) 05.06.1993 Horst Hennersdorf, 37 Jahre, Fürstenwalde (Brandenburg)
49) Oktober 1993 Obdachloser, 33 Jahre, Marl (Nordrhein-Westfalen)
50) 28.07.1993 Hans-Georg Jakobson, 35 Jahre, Strausberg (Brandenburg)
51) 19.11.1993 Michael Gäbler, 18 Jahre, Zittau (Sachsen)
52) 07.12.1993 Kolong Jamba, 19 Jahre, Buchholz (Niedersachsen)
53) 28.05.1994 Klaus R., 43 Jahre, Leipzig (Sachsen)
54) 23.07.1994 Beate Fischer, 32 Jahre, Berlin-Reinikendorf
55) 26.07.1994 Jan W., 45 Jahre, Berlin
56) 06.08.1994 Gunter Marx, 42 Jahre, Velten (Brandenburg)
57) 06.11.1994 Piotr Kania, 18 Jahre, Rotenburg/Fulda (Hessen)
58) 05.02.1995 Horst Pulter, 65 Jahre, Velbert (Nordrhein-Westfalen)
59) 03.04.1995 Peter T., 24 Jahre, Hohenstein/Ernstthal (Sachsen)
60) Juli 1995 Dagmar Kohlmann, 25 Jahre
61) 07.09.1995 Klaus Peter Beer, 48 Jahre, Amberg (Bayern)
62) 18.01.1996 Maiamba Bunga, Lübeck (Schleswig-Holstein)
63) 18.01.1996 Nsuzana Bunga, Lübeck (Schleswig-Holstein)
64) 18.01.1996 Françoise Makodila, Lübeck (Schleswig-Holstein)
65) 18.01.1996 Christine Makodila, Lübeck (Schleswig-Holstein)
66) 18.01.1996 Miya Makodila, Lübeck (Schleswig-Holstein)
67) 18.01.1996 Christelle Makodila, Lübeck (Schleswig-Holstein)
68) 18.01.1996 Legrand Makodila, Lübeck (Schleswig-Holstein)
69) 18.01.1996 Jean-Daniel Makodila, Lübeck (Schleswig-Holstein)
70) 18.01.1996 Rabia El Omari, Lübeck (Schleswig-Holstein)

→

71) 18.01.1996 Sylvio Amoussou, Lübeck (Schleswig-Holstein)
72) Februar 1996 Patricia Wright, 23 Jahre, Bergisch Gladbach (Nordrhein-Westfalen)
73) 20.02.1996 Sven Beuter, 23 Jahre, Brandenburg/Havel (Brandenburg)
74) 15.03.1996 Martin Kemming, 26 Jahre, Dorsten-Rhade (Nordrhein-Westfalen)
75) 08.05.1996 Bernd G., 43 Jahre, Leipzig-Wahren (Sachsen)
76) 13.07.1996 Boris Morawek, 26 Jahre, Wolgast (Mecklenburg-Vorpommern)
77) 19.07.1996 Werner Weickum, 44 Jahre, Eppingen (Baden-Württemberg)
78) 01.08.1996 Andreas Götz, 34 Jahre, Eisenhüttenstadt (Brandenburg)
79) 23.10.1996 Achmed Bachir, 30 Jahre, Leipzig (Sachsen)
80) 02.05.1997 Phan Van Toau, 42 Jahre, Fredersdorf (Brandenburg)
81) 08.02.1997 Frank Böttcher, 17 Jahre, Magdeburg (Sachsen-Anhalt)
82) 13.02.1997 Antonio Melis, 37 Jahre, Caputh (Brandenburg)
83) 23.02.1997 Stefan Grage, Autobahn-Parkplatz Roseburg (Schleswig-Holstein)
84) 17.04.1997 Olaf Schmidke, Berlin-Treptow
85) 17.04.1997 Chris Danneil, Berlin-Treptow
86) 22.04.1997 Horst Gens, 50 Jahre, Sassnitz (Mecklenburg-Vorpommern)
87) 08.05.1997 Augustin Blotzki, 59 Jahre, Königs Wusterhausen (Brandenburg)
88) 23.09.1997 Mathias Sch., 39 Jahre, Cottbus (Brandenburg)
89) 27.09.1997 Georg V., 46 Jahre, Cottbus (Brandenburg)
90) 17.10.1997 Josef Anton Gera, 59 Jahre
91) 26.03.1998 Jana Georgi, 14 Jahre, Saalfeld (Thüringen)
92) 29.12.1998 Nuno Lourenco, Leipzig (Sachsen)
93) 13.02.1999 Farid Guendoul (alias Omar Ben Noui), 28 Jahre, Guben (Brb.)
94) 17.03.1999 Egon Effertz, Duisburg (Nordrhein-Westfalen)
95) 09.08.1999 44-jähriger Mann, Eschede (Niedersachsen)
96) 15.08.1999 Carlos Fernando, 35 Jahre, Kolbermoor (Bayern)
97) 03.10.1999 Patrick Thümer, 17 Jahre, Hohenstein-Ernstthal (Sachsen)
98) 06.10.1999 Kurt Schneider, 38 Jahre, Berlin-Lichtenberg
99) 01.11.1999 Daniela Peyerl, 18 Jahre, Bad Reichenhall (Bayern)
100) 01.11.1999 Karl-Heinz Lietz, 54 Jahre, Bad Reichenhall (Bayern)
101) 01.11.1999 Horst Zillenbiller, 60 Jahre, Bad Reichenhall (Bayern)
102) 01.11.1999 Ruth Zillenbiller, 59 Jahre, Bad Reichenhall (Bayern)
103) 31.01.2000 Bernd Schmidt, 52 Jahre, Weißwasser (Sachsen)
104) 29.04.2000 Helmut Sackers, 60 Jahre, Halberstadt (Sachsen-Anhalt)
105) 25.05.2000 Dieter Eich, 60 Jahre, Berlin-Pankow
106) 31.05.2000 Falko Lüdtke, 22 Jahre, Eberswalde (Brandenburg)
107) 11.06.2000 Alberto Adriano, 39 Jahre, Dessau (Sachsen-Anhalt)
108) 24.06.2000 Klaus-Dieter Gerecke, Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern)
109) 09.07.2000 Jürgen S., 52 Jahre, Wismar (Mecklenburg-Vorpommern)
110) 27.07.2000 Norbert Plath, 51 Jahre, Ahlbeck (Mecklenburg-Vorpommern)
111) 12.09.2000 Malte Lerch, 45 Jahre, Schleswig (Schleswig-Holstein)
112) 04.11.2000 Belaid Baylal, 42 Jahre, Belzig (Brandenburg)
113) 25.11.2000 Eckhardt Rütz, 38 Jahre, Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern)
114) 28.03.2001 Willi Worg, 38 Jahre, Milzau (Sachsen-Anhalt)
115) 22.04.2001 Mohammed Belhadj, 31 Jahre, Jarmen (Mecklenburg-Vorp.)
116) 26.03.2001 Fred Blanke, 51 Jahre, Grimmen (Mecklenburg-Vorpommern)
117) 09.08.2001 Klaus-Dieter Harms, Wittenberge (Brandenburg)
118) 09.08.2001 Dieter Manzke, 61 Jahre, Dahlewitz (Brandenburg)
119) 09.09.2001 Arthur Lampel, 18 Jahre, Bräunlingen (Baden-Württemberg)
120) 06.11.2001 Ingo B., 36 Jahre, Berlin
121) 15.05.2002 Klaus Dieter Lehmann, 19 Jahre, Neubrandenburg (MV)
122) 25.05.2002 Kajrat Batesov, 24 Jahre, Wittstock (Brandenburg)
123) 01.06.2002 Roland Masch, 29 Jahre, nahe des Ortes Neu Mahlisch (Brb.)
124) 12.07.2002 Marinus Schöberl, 17 Jahre, Potzlow (Brandenburg)
125) 09.08.2002 Ahmet Sarlak, 19 Jahre, Sulzbach (Saarland)
126) 27.01.2003 Hartmut Balzke, 48 Jahre, Erfurt (Thüringen)
127) 29.03.2003 Enrico Schreiber, 25 Jahre, Frankfurt/Oder (Brandenburg)
128) 20.12.2003 Viktor F., 15 Jahre, Heidenheim (Baden-Württemberg)
129) 20.12.2003 Aleksander S., 17 Jahre, Heidenheim (Baden-Württemberg)
130) 20.12.2003 Waldemar I., 16 Jahre, Heidenheim (Baden-Württemberg)
131) 21.01.2004 Oleg V., 27 Jahre, Gera/Bieblach-Ost (Thüringen)
132) 07.01.2005 Oury Jalloh, 21 Jahre, Dessau (Sachsen-Anhalt)
133) 28.03.2005 Thomas Schulz, 32 Jahre, Dortmund (Nordrhein-Westfalen)

Die rechtsextremen und rassistischen Morde verteilen sich wie folgt auf die Bundesländer:

Ostdeutschland:
Brandenburg 26
Mecklenburg-Vorpommern 10
Sachsen 11
Sachsen-Anhalt 7
Thüringen 6
Ostdeutschland gesamt 60

Westdeutschland:
Baden-Württemberg 7
Bayern 6
Berlin 11
Bremen 0
Hamburg 0
Hessen 3
Niedersachsen 7
Nordrhein-Westfalen 15
Rheinland-Pfalz 3
Saarland 2
Schleswig-Holstein 17
Westdeutschland gesamt 71

Die Amadeu Antonio Stiftung und der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung sind auf Spenden für ihre Arbeit angewiesen. Jede kleine Spende hilft. Spenden sind steuerlich absetzbar: Kontoverbindung der Amadeu Antonio Stiftung: Deutsche Bank Bensheim, BLZ 50970004, Konto 030331300
Der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung ist online: www.opferfonds-cura.de. Eine Website, die Opfern rechter Gewalt zur Seite stehen will. Informationen zu den Themen Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien sind auf dem Internetportal: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de und der Homepage der Amadeu Antonio Stiftung unter www.amadeu-antonio-stiftung.de zu finden. Der Newsletter der Stiftung kann auch abonniert werden: info@amadeu-antonio-stiftung.de ■

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Unterstützung von Projekten
Schwerpunkt der Amadeu Antonio Stiftung ist die finanzielle und fachliche Unterstützung einer Vielzahl von lokalen Initiativen und Projekten in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und -hilfe, alternative Jugendkultur und kommunale Netzwerke, die demokratisches Handeln stärken und die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Partner suchen.
Überdies fördert die Amadeu Antonio Stiftung das bundesweit einzigartige Aussteigerprojekt für rechtsextreme Aktivisten »EXIT«, sowie das Zentrum Demokratische Kultur, das rechtsextremistische Erscheinungsformen analysiert und Gegenstrategien entwickelt. Unterstützung bei der Gründung erhält auch die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark (BS) mit dem Ziel, die demokratische Kultur in der Region zu fördern.
Die Stiftung fördert unkompliziert – wie und nach welchen Kriterien gefördert wird, ist auf der Internetseite der Stiftung zu finden. Die Stiftung verteilt das Geld gezielt dort, wo es am dringendsten gebraucht wird, zum Beispiel an eine kleine Opferberatungsstelle, eine Flüchtlingsinitiative, die mit Schulen zusammenarbeiten will oder an Jugendliche, die Demokratieprojekte selbst initiieren.





Die Stiftung
Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa, wurde 1990 in einer brandenburgischen Kleinstadt von rechtsextremen Jugendlichen zu Tode geprügelt. Er war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt nach dem Fall der Mauer. Die gemeinnützige Stiftung steht unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des deutschen Bundestages …

… tung, ein weiterer das Magazin »stern«. Dessen Kampagne »Mut gegen rechte Gewalt« hat der Stiftung zu großer Öffentlichkeit verholfen. Leser der ZEIT spendeten nach einem Artikel über das rechtsextreme Klima der Kleinstadt Wurzen Geld für ein unabhängiges Jugendzentrum …



„Himmelfahrt" 2006:

In Sömmerda lieferten sich Rechte am Donnerstagabend eine Straßenschlacht mit der Polizei +++ Fünf Rechtsradidkale misshandelten am gleichen Tag in Wismar einen 36-jährigen Inder +++ Ein Libanese, ein Mann aus Guinea und ein Türke wurden in verschiedenen Berliner Stadtbezirken geschlagen, beleidigt und gedemütigt +++ In Lübeck bedrohten Skinheads einen farbigen Ausländer und überfielen türkische Mitbürger. +++ In Weimar überfielen in der Nacht zum Freitag 15 rechtsradikale Schläger eine private Feier von Ausländern und schlugen einen Mann aus Mosambik und zwei Kubaner zusammen, der 46-jährige Afrikaner erlitt schwere Verletzungen.

Frankreichs Rechtsaußen, Teil 2 – Bündnisdebatte:

Le Pen und de Villiers bereiten die kommenden Wahlen vor

Am 11. April 2006 bot Le Pen erstmals Philippe de Villiers ein offenes Bündnis an. Um den neuen Rivalen im Rechtsaußenspektrum nicht unnötig aufzuwerten, adressierte Le Pen sein „Angebot“ zunächst auch noch, pro forma, an andere „kleinere“ Präsidentschaftskandidaten auf der politischen Rechten, einer davon der Christdemokrat François Bayrou, der Chef der konservativ-liberalen UDF. Da konnte freilich inhaltlich überhaupt nichts zusammenpassen, denn Bayrou ist ein großer Fan der Integration Frankreichs in die Europäische Union, während sowohl Le Pen als auch de Villiers die supranationale Integration (in ihrer heutigen Form) kritisieren und im Namen der Rettung des Nationalstaats ablehnen. Bayrou reagierte überhaupt nicht auf die



„Le Pen – Präsident 2007“ verkündeten die Ballons über der bombastischen Bühne der 1. Mai-Kundgebung des FN in Paris

„Offerte“ Le Pens, und dieser erwähnte ihn dann auch nicht weiter. Ab diesem Zeitpunkt waren seine Bündnisangebote explizit an de Villiers adressiert.

Konkret beinhaltet der Vorschlag des FN-Chefs eine „Einheitskandidatur der Patrioten“ bei den kommenden Präsidentschaftswahlen im April 2007, und ein Wahlbündnis oder eine Listenverbindung bei den Parlamentswahlen einige Wochen später. Am 11. April sprach sich Le Pen im Fernsehkanal *i-télévision* dafür aus, „eine aktive Koalition für die Parlamentswahlen“ zu formieren. Ansonsten nebulös bleibend, sprach Le Pen von „konvergierenden Kräften“. Dies aber konnte nur bedeuten: Erst unterstützen die Anderen „meine“ (Le Pens) Bewerbung zur Präsidentschaftswahl – an seiner Absicht zur Kandidatur ließ Le Pen nicht den geringsten Zweifel – und dann lässt sich etwas Gemeinsames für die hinterher stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung auf die Beine stellen. Traditionell interessiert Le Pen sich fast nur für die Präsidentschaftswahl, die er als „Königin aller Schlachten“ betrachtet, während ihm die Parlamentswahlen – zu denen er bei den letzten beiden Malen nicht persönlich kandidierte – eher als eine lästige Pflichtübung erscheinen. Als mit Abstand „dienstältester“ Präsidentschaftskandidat im Rechtsaußenspektrum (er kandidierte zum ersten Mal 1974...) kann Le Pen auch einen entsprechenden Anspruch untermauern.

Anlässlich seiner Rede vom 1. Mai, an dem der Front National alljährlich zu Ehren der von ihm wieder ausgegrabenen „Nationalheiligen“ Jeanne d’Arc aufmarschiert, erneuerte Le Pen das Angebot. Er schlug eine „Union patriotique“, ein pragmatisch ausgelegtes Bündnis mit seinem Rivalen Philippe de Villiers vor.

De Villiers schlug das Angebot jedoch alsbald aus. Am 13. April erklärte er im Fernsehen als Reaktion auf denVorstoß Le Pens vom 11.4.: Eine Allianz setze voraus, dass man sich erst einmal „über gemeinsame Ideen“ einig werden könne. An diesem Punkt meldete de Villiers jedoch Bedenken an. Aber er machte sie nicht am Rassismus des FN-Chefs fest, sondern daran, dass dieser noch „vor wenigen Tagen für das Recht des Iran auf die Atombombe“ eingetreten sei. Tatsächlich hatte Le Pen sich nicht explizit so geäußert (in seiner Ansprache vom 1. Mai dementierte er eine solche Ansicht gar), wohl aber in der Märzausgabe der FN-Mitgliederzeitschrift *Français d’abord* festgestellt: „Warum wirft man Ahmedinedjad vor, was man Anderen vor ihm nicht vorgeworfen hat? Man hat nicht Krieg gegen Indien, Pakistan oder Israel geführt, als diese Länder militärische Atomtechnologie erworben haben.“

Diese Positionierung ist ganz im Sinne des Nationalneutralismus, den Le Pen seit dem Ausbruch der Golfkrise im August 1990 predigt. Damals vollzog er einen Bruch mit der traditionellen pro-atlantischen, antikommunistisch begründeten Doktrin des FN in Sachen Weltpolitik: Nach dem Ende des Kalten Krieges und der „kommunistischen Bedrohung“ gelte es nunmehr, den liberalen Kapitalismus zum neuen Hauptfeind zu erwählen und sich vom US-Imperium abzugrenzen. In jener Zeit, und vor allem in der (1992/93 beginnenden) Clinton-Ära, war es in den westlichen Hauptstädten einige Jahre lang üblich, nicht mehr offen von Kriegen und machtpolitischen Interessen, sondern nur noch von „humanitären Interventionen“ zu sprechen: Viele ihrer Kriege in den neunziger Jahren wurden durch die Großmächte unter Berufung auf „Menschenrechte“, „die Herstellung von Demokratie“ und humanitäre Interessen begründet. Man denke an die Intervention in Somalia 1992/94, und später jene im ehemaligen Jugoslawien. (Mit dem 11. September 2001 endete diese Ära, und ihr Diskurs wurde durch den „Antiterrorismus“ als wichtigste Doktrin abgelöst.) Dagegen wandte sich eine Opposition von Rechts, indem sie die offizielle Begründung für bare Münze nahm und einfach umdrehte, nach dem Motto: „Wir wollen uns lieber um unsere eigene Interessen – zu Hause – kümmern, und nicht unser wertvolles Blut für fremde Interessen und abstrakte, utopische Menschenrechte vergieben lassen.“ Jean-Marie Le Pen war ein wichtiger Wortführer einer solchen „Opposition von Rechts“ gegen (bestimmte!) Kriege, deren politische Grundlage keineswegs pazifistisch oder antimilitaristisch, sondern nationalistisch ist. Denn gleichzeitig forderte Le Pen immer auch eine Erhöhung der nationalen Rüstungsausgaben.

Diese Linie hat Le Pen zwar nicht immer stringent durchgehalten. Sie prägte aber beispielsweise seine Stellungnahmen zu den beiden Kriegen im Irak, 1991 und 2003, in denen er, sehr zum Missfallen eines Teils seiner Wählerschaft, erstmals für einen arabischen Diktator Partei ergriff. Es trifft ferner auch zu, dass Le Pen in der Vergangenheit gewisse momentane Annäherungen an Vertreter des iranischen Regimes vollzog. So nahm Jean-Marie Le Pen anlässlich der vorletzten Fußball-Weltmeisterschaft, im Juni 1998 in Lyon, am Spiel Iran/USA teil – auf der Ehrentribüne des Iran...

In seinem o.g. Beitrag für die FN-Mitgliederzeitschrift warnt Le Pen davor, die USA wollten die Welt auf einen Krieg gegen den Iran vorbereiten. Philippe de Villiers nutzte diese Positionierung des FN-Chefs als Vorlage, um sich selbst im richtigen Lichte zu positionieren: „Ich, ich möchte die Banlieues entwaffnen, und Le Pen möchte die Bärtigen bewaffnen“, stellte er einen ziemlich gewagten Zusammenhang zwischen der französischen Innenpolitik und den internationalen Ereignissen her.

Jean-Marie Le Pen erwiderte darauf in seiner Ansprache vom 1. Mai 2006, Originalton: „Der Graf wiederholt in allen Tonlagen: ‚Ich, ich schaffe Ruhe in den Banlieues, und Le Pen bewaffnet die Bärtigen‘. Ich, ich habe die Bärtigen bekämpft, als der Graf sich damit begnügte, Tennisbälle (Anm.: statt Kugeln) um seine Ohren pfeifen zu lassen.“ In dieser Passage spielt Le Pen auf seine Vergangenheit als Offizier im französischen Kolonialkrieg in Algerien an. Dort hat er im ersten Halbjahr 1957, wie inzwischen in Frankreich gerichtlich

nachgewiesen worden ist, eigenhändig gefoltert. Die Gegner der französischen Kolonialarmee damals waren keine Islamisten, sondern eine linksnationalistische und z.T. marxistisch beeinflusste Befreiungsbewegung, die einem konfessionnel drapierten Apartheidsystem in ‚Französisch-Algerien' ein Ende bereitete. Le Pen weiter im Originalton: „Er (der Graf) behauptet, ohne die Lächerlichkeit zu fürchten, dass ich dem Iran die Bombe geben möchte. Diese Anklage ist irrsinnig. Ein Krieg mit dem Iran hätte derart tragische Auswirkungen, dass es heute unsinnig ist, die Verantwortungslosen Öl ins Feuer gießen zu lassen."

Bruno Mégret meldet sich zurück:

Ein stärkeres Echo fand Le Pen dagegen bei seinem ehemaligen Chefideologen und späteren „Dissidenten", Bruno Mégret, der sich sofort für ein Bündnis zu interessieren begann. Das ist aber auch kein Wunder: Mégret hat kaum noch Parteigänger mit seinem MNR (Mouvement national républicain, „National-republikanische Bewegung") übrig und verwaltet dafür einen Schuldenberg in Höhe von 4 bis 5 Millionen Euro. Anfang April 2006 wurde zudem noch ein Strafprozess gegen Mégret eröffnet wegen Missbrauchs öffentlicher Gelder: Im Jahr 2002, als seine Gattin Catherine Mégret noch Bürgermeisterin im südfranzösischen Vitrolles war (einige Monate später sollte sie abgewählt werden), hatte sie 75.000 Euro aus städtischen Geldern dazu benutzt, um MNR-Propaganda zu verbreiten.

In der zweiten Aprilwoche erklärte Bruno Mégret großspurig, er nehme das Bündnisangebot Le Pens an. Er denke an eine Koalition aus dem FN, dem MPF, dem „souveränistischen" (EU-skeptischen und nationalistischen) Flügel der konservativen Regierungspartei UMP „und natürlich dem MNR", also seiner eigenen Partei. Daraufhin erntete er zunächst kaum ein Echo.

Aber am Dienstag, den 23. Mai 2006 berichtet die Tageszeitung *Libération* über Bündnisgespräche zwischen dem FN und Mégrets MNR, die anscheinend hinter den Kulissen geführt worden sind. Der Front National will allerdings offiziell nur vom Wirken eines „Unterhändlers" wissen, während seitens des MNR öffentlich behauptet wird, es gäbe „Gespräche auf höchster Ebene". Klar ist, dass der auf einen winzigen Kern zusammengeschrumpfte MNR eher ein Interesse daran hat, die Dinge zu übertreiben als der FN. Dass es Gespräche auf Spitzenebene geben soll, erscheint jedoch unwahrscheinlich: Ein tiefer Graben aus Hassgefühlen trennt Le Pen und Mégret nach wie vor. Dennoch ist in dem Artikel konkret die Rede von einer Aufteilung der Wahlkreise bei den kommenden Parlamentswahlen, im Juni 2007.

An möglichen Absprachen vor den Wahlen könnten beide Seiten ein gewisses Interesse haben: Jean-Marie Le Pen darf nicht riskieren, erneut auf Schwierigkeiten bei der Sammlung der 500 Unterstützungsunterschriften von „Mandatsträgern der Republik" (Bürgermeistern, Regional-, National- und Europaparlamentariern) zu stoßen, eine zwingende rechtliche Voraussetzung für eine Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen. Im April 2002 wäre Le Pen beinahe an dieser Hürde gescheitert. Also kann er nicht riskieren, dass Mégret ihm solche Unterschriften wegschnappt. Der MNR dagegen könnte es sich – personell und vor allem finanziell ausgeblutet – gar nicht mehr leisten, eine Präsidentschaftskandidatur bis zum Ende „durchzuziehen". 2002 erhielt Bruno Mégret 2,3 Prozent der Stimmen.

Auch andere Spaltprodukte des FN melden sich zur Zeit zurück. So Franck Timmermans, der in den frühen 1970er Jahren zu den Gründungsmitgliedern des Front National zählte und später Bruno Mégret zum MNR folgte, bevor er eine eigene Splitterpartei gründete (unter dem Namen: Parti populiste français). Auch er kündigte an, sich der neuerdings durch Le Pen propagierten „Union patriotique" anzuschließen.

FN und MPF beklagen den „Autoritätsverlust" des Staates

Zurück zu Le Pen und de Villiers: Beide rechten Politiker und „ihre" Parteien machen sich für einen autoritären Staat stark, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß. Jüngst nahmen etwa (am Samstag, 20. Mai 2006) rund 200 Mitglieder beider Parteien, des FN und des MPF, an einer Kundgebung vor der französischen Nationalversammlung für die Wiedereinführung der Todesstrafe teil. Hintergrund sind zwei Kindermorde, die die Emotionen hoch schwappen lassen, für die rechten Demagogen ein Vorwand, um Propaganda für die Todesstrafe und den starken Staat zu betreiben.

FN und MPF gleichermaßen betrachten sich selbst als gestärkt, seitdem die bürgerlich-konservative Regierung am 10. April 2006 einen Rückzieher im sozialen Konflikt um den „Ersteinstellungsvertrag" CPE machen musste. Beide kritisierten in heftigen Worten die Schwäche des Staates, der unbedingt auf seinem Autoritätsanspruch hätte beharren müssen und nicht hätte nachgeben dürfen. De Villiers sprach vom „Kapitulantentum" von Innenminister Nicolas Sarkozy, „der Frankreich im Fernsehstudio reformiert, aber kneift, sobald ihm der erste Pflasterstein um die Ohren pfeift". Le Pen mokierte sich in seiner 1. Mai-Ansprache seinerseits darüber, dass „Schulkinder die Regierung zum Nachgeben zwingen", wobei er die Studierenden meinte. Erstmals seit Ausbruch des Konflikts um den CPE kritisierte er am 1. Mai 2006 allerdings auch die Deregulierung im Arbeitsrecht, die im Interesse „multinationaler Konzerne" betrieben werde – während er zugleich das Leistungsprinzip an



und für sich sowie die Wertarbeit französischer Unternehmer und Mittelständler verteidigte. An gleicher Stelle forderte Le Pen freilich auch seinerseits eine Deregulierung der Ökonomie (das Sozialsystem sei unbezahlbar geworden, wegen der „großen Zahl der Einwanderer", und: „Man muss die Ökonomie befreien. Es kommt ein Moment, wo die Reglementierungen zu Ketten der Knechtschaft werden"). Aber eben nicht im Sinne der multinationalen Unternehmen, sondern des „guten" nationalen Kapitals... Die hohe Arbeitslosigkeit, so Le Pen, sei „die Frucht der weltweiten Konkurrenz ohne nationalen Schutz". Nationale Ausbeutung – möglichst ohne „Fesseln und Begrenzungen" – ist also gut, aber Ausbeutung unter internationalen Vorzeichen von Übel.

Wahrscheinlich dürften die beiden Rechtsaußen sich durch ihre Position im CPE-Konflikt einige Sympathien bei der Jugend verscherzt haben. Der FN etwa sank im März in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen von 10 auf 7 Prozent an Sympathiewerten. Aber bei denen, die das Geschehen weitab von ihrem Fernseher aus verfolgten und dort vor allem „Gewalt" und Ausschreitungen serviert bekamen, dürften sie im Nachhinein dagegen tatsächlich punkten.

Konservativer Innenminister übernimmt Parolen von de Villiers/Le Pen

Innenminister Nicolas Sarkozy seinerseits, der Wirtschaftsliberalismus mit autoritärem Populismus verknüpft, zeigt sich erneut explizit und öffentlich darum bemüht, rechtsextreme Wähler einzubinden und für die Konservativen zurückzugewinnen. Am 22. April 2006 machte er öffentlich Furore, indem er vor neu beigetretenen Mitgliedern der konservativen Regierungspartei UMP (deren Vorsitz er inne hat) in Paris ausrief: „Wenn bestimmte Leute Frankreich nicht lieben, dann sollen sie sich nicht davon abhalten lassen, es zu verlassen." Ein Slogan, den sowohl Le Pen als auch de Villiers in ähnlicher Weise, aber griffiger formuliert, benutzt hatten.

In den 80er Jahren hatte zunächst Le Pen, während der Reagan-Ära, den – ursprünglich seit dem Vietnamkrieg durch die US-amerikanische konservative Rechte

benutzten – Slogan (America, love it oder leave it!) übernommen und auf französische Verhältnisse adaptiert mit klarer rassistischer Komponente: Das Ergebnis der „Übersetzung“ lautete dann: Le France, aime-la ou quitte-la! Der Slogan sollte die Einwanderer und ihre Nachfahren darauf hinweisen, dass sie nicht ihren Platz in Frankreich hätten, falls sie dort nicht mit ihrem Platz am unteren Rand der sozialen Hierarchie zufrieden seien. Die Jugendorganisation FNJ, Front national de la jeunesse, machte aus dem Slogan zeitweise sogar ihr Hauptmotto.

Vor nunmehr sechs Monaten war es dann Philippe de Villiers, der die ältere FN-Parole fast wortidentisch übernahm und plakatieren ließ: La France, tu l'aimes ou te la quittes. Entweder Du liebst Frankreich, oder Du verlässt es. Man könnte von einer Art „affektiver Erpressung“ sprechen. Es geht der (extremen) Rechten darum, die Gesellschaft auf eine Vorstellung von der Nation als fest zusammengeschweißter Schicksals-, wenn nicht Blutsgemeinschaft einzuschwören: Eine Nation ist wie eine Familie, also eine (möglichst biologisch begründete) Affinitätsgemeinschaft, aus der man sich nicht ausklinken kann – nicht ohne „Verrat an den Seinen“ zu begehen, infolge dessen man sich nicht mehr länger blicken lassen kann. Für die Idee einer rational, und freiwillig begründeten Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft, in der es auch (legitime) abweichende Interessen geben kann, bleibt da kein Platz.

Doch Le Pen ließ sich nicht die Butter vom Brot nehmen, und seine jugendlichen Anhänger trugen auf der 1. Mai-Demonstration ein Schild mit dem ‚Hexagone‘, also dem achteckigen Umriss Frankreichs, und dem altbekannten Spruch vor sich her. (s. Fotos.)

Aber damit war die Geschichte wiederum nicht zu Ende. Am Sonntag, 21. Mai klagte nunmehr der Rechtskatholik Philippe de Villiers, anlässlich eines Interviews mit dem Sender ‚Radio J‘, das politische Urheberrecht für den Slogan ein. Er beschuldigte Innenminister Nicolas Sarkozy, „ihn zu kopieren“, so fasst es die Pariser Abendzeitung *Le Monde* in ihrer Ausgabe vom 24. Mai zusammen.

Man darf gespannt sein, wie sich das bis zu den Wahlen – die ja erst im nächsten Jahr stattfinden – noch steigert.

Bernhard Schmid, Paris ■

Ehrung auch für NS-Täter?

Der Landesvorstand der IVVdN e.V. Sachsen-Anhalt bittet um Unterstützung bei der Öffentlichmachung eines Skandals um den Ehrenhain Torgau, der sich nun schon einige Jahre hinzieht. Ein offener Brief an die Oberbürgermeisterin von Halle soll von möglichst vielen Menschen unterstützt werden, um den Druck auf die Politik zu erhöhen. Zu den Erstunterzeichnern gehören Peter Gingold, Kämpfer bei den französischen Partisanen, Sprecher des Bundesausschuss VVN-BdA, Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, Hannes Konopka, zum Toder verurteilter Deserteur und Literat und Josef Gerats, Landesvorsitzender der IVVdN Sachsen-Anhalt.

In seinem Schreiben heißt es: Was sich in den letzten Jahren in Halle an der Saale zugetragen hat, ist nicht nur in unseren Augen ein einmaliger Skandal. Für nach alliiertem Recht verurteilte Kriegsverbrecher und Naziaktivisten wurde auf dem Gertraudenfriedhof in Halle unter der Bezeichnung „Torgauer Urnen“ ein Ehrenhain errichtet. Darunter befinden sich, neben unschuldig Verurteilten, auch SD-Mitarbeiter, SS-Angehörige, Lagerkommandanten und Teilnehmer an Erschießungskommandos in Polen, der ehemaligen Sowjetunion und Deutschlands.Sie werden hier trotz unseres Einspruchs geehrt und damit nachträglich von ihrer schweren Schuld freigesprochen. Zu ihnen gehören z.B.:

Dobis, Emil: Mitarbeiter des SD und der Gestapo in Stettin, 1944-1945 Schutzpolizei in Osterreich und in Italien Verhaftung und Misshandlung von Gefangenen

Blum, Fritz: Angehöriger des 307. Schutzbat. KVK2, Einsatz 1942-1944 Lettland, Litauen im Strafvollzug und Teilnahme an Partisanenbekämpfung und Verhaftung sowjetischer Bürger

Biermann, Wilhelm: Mitglied der NSDAP seit 1937, Volkssturm April 1945, Teilnehmer an der Erschießung von fliehenden KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern bei Gardelegen. Durch die Amerikaner verhaftet und den sowjetischen Behörden zur Verurteilung übergeben

Brake, Bruno: Mitglied der NSDAP seit 1933. Ebenfalls Teilnahme an der Erschießung von fliehenden KZ-Häftlingen in der Stadt Gardelegen

Essel, Friedrich: Mitglied der NSDAP seit 1934, Polizeiangehöriger, Lagerkommandant Gefangenenlager Schönebeck, Misshandlung von Gefangenen

Seidel, Paul: SA-Rottenführer. Verantwortlich für die Verschleppung von 20 000 sowjetischen Bürgern nach Deutschland zur Zwangsarbeit.

Trotz der eindeutigen Untersuchungsergebnisse unsererseits, des Zentralrates der Juden in Deutschland und der Landtagsfraktion der Linkspartei. PDS sowie der Jüdischen Gemeinde zu Halle, wurden unsere Argumente und Gesprächsangebote von Vertretern der Fraktionen im Stadtrat, bis auf die Linkspartei. PDS, und von der Bürgermeisterin nicht zur Kenntnis genommen. Im Gegenteil, die von ihr zugesagte Prüfung unserer Argumente und Tatbestände durch eine unabhängige Historikerkommission wurde nicht eingehalten. Es wurde eine Entscheidung der Stadtverwaltung herbeigeführt, mit der wir uns niemals einverstanden erklären können.

Wir brauchen Hilfe und Unterstützung, um der Gerechtigkeit statt zu geben. Selbstverständlich stehen alle unsere nachweisbaren Untersuchungsergebnisse zur Einsichtnahme zur Verfügung. Aus unserer gemeinsamen antifaschistischen Grundüberzeugung bitten wir um Unterzeichnung des Protestbriefes an die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle.

IVVdN e.V. Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Philipp-Müller-Str. 57, 06110 Halle (Saale) ■

Protestbrief an die Stadt Halle

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Halle, Frau Ingrid Häußler,
Marktplatz 1, 06100 Halle /Saale

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

in Sorge um das Ansehen der Stadt Halle, die in diesem Jahr ihr 1200-jähriges Bestehen begeht, wenden wie uns an Sie, Frau Oberbürgermeisterin Häußler. Wir fordern Sie auf; Ihre Verantwortung für die Stadt Halle wahrzunehmen und nicht zuzulassen, dass 61 Jahre nach Kriegsende aktive Teilnehmer an den Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust, Verurteilte, die an den Verbrechen des NS-Regimes beteiligt waren und Naziaktivisten nachträglich geehrt werden.

Das Anbringen einer „Informationstafel“ an den Gräbern von in Torgau-Fort-Zinna verstorbenen Haftungen, auf der verschwiegen wird, dass es sich größtenteils um verurteilte und bei einer erneuten Überprüfung nicht rehabilitierte Kriegsverbrecher und Naziaktivisten handelt und auf der sie als Opfer bezeichnet und unter Schutz des Gräbergesetzes gestellt werden, bedeutet ihre Ehrung und nachträgliche Rehabilitierung. Damit werden sie den wirklichen Opfern und den unschuldig Verurteilten gleich gesetzt. Menschen, die an Erschießungen aktiv beteiligt waren, Gestapo- ,SD- und SS-Angehörige werden hier als Opfer von Krieg und Gewalt dargestellt, Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass Sie als verantwortliche und gewählte Oberbürgermeisterin dazu Ihre Zustimmung gegeben haben. Dafür haben wir und große Teile der Öffentlichkeit kein Verständnis und wird leider dem Ansehen der Stadt Halle, die von den alliierten Truppen und antifaschistischen Männern der Stadt vor ihrer vollständigen Zerstörung bewahrt geblieben ist, großer Schaden zugeführt.

Wir fordern Sie, entsprechend Ihrer Verantwortung auf; das Anbringen einer solchen „Informationstafel zu verhindern. Sowohl der Zentralrat der Juden in Deutschland, wie auch der Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand haben für einen zutreffenden und dokumentarisch belegten Text entsprechende Vorschläge gemacht.

Titel Name Vorname Wohnort Funktion/Tätigkeit

Stadtrat gegen Abschiebung

DANNENBERG. In der Stadt Dannenberg stehen die Zeichen auf Sturm: Alle Fraktionen im Stadtrat wehren sich gegen die Abschiebung langjährig geduldeter Flüchtlinge. Im Fall der seit 12 Jahren in Dannenberg lebenden Familie Apaydin hat sich der Stadtrat unter Führung des Bürgermeisters Peter Selber (CDU) bereits demonstrativ gegen eine Abschiebung ausgesprochen, wie sie von der Ausländerbehörde des Landkreises Lüchow-Dannenberg angedroht wurde. Medienwirksam pflanzte der Bürgermeister gemeinsam mit der Familie und Unterstützerinnen einen „Baum der Hoffnung“. Weitere Initiativen wurden angekündigt.

Niedersächsischer Flüchtlingsrat – 18.05.06 ■

Menschenrechtsbericht der Regierung fehlt es an Positionsbeschreibungen

BERLIN. Einig waren sich das Deutsche Institut für Menschenrechte und amnesty international in ihrer Bewertung, der neueste Menschenrechtsbericht der Bundesregierung sei zwar stellenweise ausgezeichnet, es fehle ihm jedoch an Erläuterungen, welche Position die Regierung selbst eingenommen und welche Vorschläge sie unterbreitet habe. „Zu deskriptiv“ falle der Bericht der Regierung aus, so die beiden Organisationen, die zu einem öffentlichen Expertengespräch des Menschenrechtsausschusses am Mittwochnachmittag geladen waren.

Silke Voß-Kyeck von amnesty international nannte als Beispiel Usbekistan. In diesem Fall beschreibe die Regierung lediglich die Entwicklung, ohne zu sagen, wie sie sich für eine Verbesserung der Situation eingesetzt habe. Im Mai vergangenen Jahres waren mehrere hundert Menschen in Andischan getötet und Tausende verletzt worden.

Frauke Seidensticker vom Institut für Menschenrechte sprach sich im Übrigen dafür aus, den Status des so genannten „Nationalen Aktionsplan“ der Bundesregierung zu klären. Zu fragen sei, ob er verbindlich ist und wer innerhalb der Regierung seine Umsetzung koordiniert. Günter Burkhardt von der Organisation pro asyl fand es gut, dass der Menschenrechtsbericht der Regierung Ziele beschreibt. Schlecht sei aber, dass die Regierung diese Ziele in ihrer praktischen Politik nicht umsetze. Als Beispiel nannte Burkhardt den Flüchtlingsschutz. Deutschland und die EU hielten seiner Meinung nach an der Politik der Flüchtlingsabwehr und Abschottungsmaßnahmen ungebrochen fest. Die Vorsitzende der Menschenrechtsausschusses, Herta Däubler-Gmelin (SPD), hatte eingangs darauf hingewiesen, man wolle „neue Wege“ in der Arbeit des Ausschusses beschreiten, indem man verschiedene Organisationen, die mit Menschenrechten befasst seien und die wüssten, was „vor Ort“ los sei, zu einem Gespräch einlade. Auf dieser Grundlage schreibe man eine Beschlussempfehlung an das Plenum des Bundestages und initiiere eine Menschenrechtsdebatte. Das wiederum solle eine Grundlage für den neuen Menschenrechtsbericht der Bundesregierung werden.

Quelle: Heute im Bundestag, 17.5.06/ Stefan_Kessler_02@yahoo.de ■

„Situation von Abschiebungshäftlingen bleibt verbesserungswürdig“

BERLIN. „Zwar ist sowohl bei der Vermeidung von Abschiebungshaft als auch bei den Haftbedingungen in den letzten Jahren eine positive Entwicklung in Gang gekommen. Dennoch bleibt die Situation von Abschiebungshäftlingen noch in vielen Punkten verbesserungswürdig.“ Zu diesem Schluss kommt ein Aktionskreis von zwölf Organisationen und kirchlichen Stellen, die eine kritische Bilanz ihrer Initiative von vor vier Jahren gezogen haben.

Der in den letzten Jahren zu beobachtende Rückgang der Zahl von Inhaftierten sei zwar zu begrüßen; dem stünde aber ein Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer gegenüber. Der Aktionskreis macht dafür die noch nicht ausreichend auf Haftvermeidung ausgerichtete Praxis der Ausländerbehörde verantwortlich. Nach wie vor blieben Personen und Gruppen über längere Zeit in Haft, obwohl ihre Abschiebung von vornherein aussichtslos sei (z.B. nach China, Kamerun, Liberia, Sierra Leone, Elfenbeinküste); von Alternativen zur Haft würde zu wenig Gebrauch gemacht.

Mit Nachdruck fordert der Aktionskreis, dass Frauen während einer Schwangerschaft, Eltern von minderjährigen Kindern und Menschen mit behandlungsbedürftigen psychischen oder physischen Krankheiten nicht inhaftiert werden dürfen. Statt einer angemessenen Prüfung der Minderjährigkeit würden die Betroffenen meist lediglich einer Inaugenscheinnahme oder der umstrittenen medizinischen Altersfeststellung unterzogen. Geplante Verbesserungen wie die Entfernung der Innengitter auf einem größeren Teil der Etagen seien noch nicht abgeschlossen. Dolmetscher würden bei Behörden-, Anwalts- und Arztgesprächen gar nicht oder nicht ausreichend eingesetzt. Die Frage der Haft- und Reisefähigkeit müsse von unabhängigen Gutachtern und nicht vom Polizeiärztlichen Dienst vorgenommen werden, und das Sanitätspersonal sollte stärker auf den Etagen präsent sein. Außerdem fehlten Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Haft.

Vom Senat fordert der Aktionskreis eine Überprüfung der Berechnung und Rückforderung der Haftkosten sowie eine Unterstützung der rechtlichen Beratung und Vertretung von Abschiebungshäftlingen.

Das komplette Positionspapier ist auf den Seiten des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de unter „Aktuell“ zu finden.

Zu den Unterzeichnern des Positionspapieres gehören die Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V., der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin, der Erzbischof von Berlin, der Ausländerbeauftragte der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, der Flüchtlingsrat Berlin e.V., Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland, die Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Land Berlin, die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V., Pax Christi im Erzbistum Berlin und der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.

Pressemitteilung vom 16.05.06 Jesuiten-Flüchtlingsdienst (JRS) / Niedersächsischer Flüchtlingsrat ■

Rote Karte für Deutschland

Unter diesem Motto startet PRO ASYL eine bundesweite Plakat- und Unterschriften-Kampagne. Zur Kampagne gehört der Aufruf „Rote Karte für Deutschlands Abschiebetaktik“.

Zum Hintergrund: Etwa 140.000 langjährig in Deutschland mit Duldung Lebende – viele von ihnen längst integriert und faktisch Inländer – sind von Abschiebung bedroht. Die letzte Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern hat eine Beschlussfassung über ein Bleiberecht erneut vertagt. Zurzeit gehen Abschiebungen mit gnadenloser Härte weiter. PRO ASYL will mit der jetzt beginnenden Kampagne zur Fußballweltmeisterschaft die Tatsache in den Blickpunkt rücken, dass Deutschland mit diesem Vorgehen zu den Favoriten in einem makabren Wettbewerb gehört. Mit dem Aufruf „Rote Karte für Deutschlands Abschiebetaktik“ soll der Anstoß dafür gegeben werden, dass der Deutsche Bundestag endlich eine großzügige Bleiberechtsregelung gesetzlich verankert.

Pro Asyl, 22.05.06 ■

Härtefallkomission Niedersachsen wird eingerichtet

HANNOVER. Nach § 23a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) besteht die Möglichkeit Härtefallkommissionen einzurichten. Dies haben viele Bundesländer umgesetzt. Niedersachsen hatte dies bisher vehement abgelehnt.

Auf dem Landesparteitag der FDP am 18./19. März wurde dann der Beschluss gefasst, dass die niedersächsische Landesregierung eine eigenständige Härtefallkommission einrichtet.Nun haben auch die CDU-Landtagsabgeordneten einen Beschluss zur Einrichtung einer Härtefallkommission gefasst, die bis zum 31. Dezember 2009 befristet sein soll. Der Beschluss sieht vor, dass der Innenminister die Mitglieder der Härtefallkommission nach § 23a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) beruft und eine Geschäftsordnung erlässt. Die stimmberechtigten Mitglieder der Härtefallkommission sollen mit 2/3-Mehrheit dem Innenminister eine Annahme als Härtefall empfehlen.

Gleichzeitig bestätigte die CDU-Landtagsfraktion folgende von der Arbeitsgruppe vorgelegten Ausschlusskriterien für die Annahme eines Härtefallersuchens:

- Straftaten von erheblicher Bedeutung im Sinne des § 23a AufenthG;
- Sozialhilfebetrug (in erheblichem Umfang) als spezielle Form der Straffälligkeit seitens des Betroffenen;
- Der Lebensunterhalt, einschließlich eines ausreichenden Krankenversicherungsschutzes, für den Ausländer und seine Familie wird nicht aus eigenen Mitteln, Kindergeld oder Erziehungsgeld bestritten, sondern es werden auch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder nach dem Zweiten oder Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches in Anspruch genommen. Wenn die eigenen Mittel des Ausländers und seiner Familienangehörigen nicht ausreichen, besteht für Dritte die Möglichkeit, nach § 68 AufenthG eine Verpflichtungserklärung zur dauerhaften Übernahme der Lebensunterhaltskosten abzugeben. Dritter kann z.B. eine Kirchengemeinde sein; in Ausnahmefällen auch Privatpersonen, wenn sie eine Verpflichtungserklärung abgeben, dass sie die Unterhaltskosten für die Dauer des Aufenthalts gesichert sind;
- Falsche Angaben über Herkunft und Identität, gröbliche Verletzung der Mitwirkungspflichten und vorsätzliche Hinauszögerung oder Behinderung aufenthaltsbeendender Maßnahmen, soweit die Betroffenen zum Zeitpunkt der Angaben oder Handlungen volljährig waren und deshalb dafür die volle Verantwortung tragen;
- fehlende deutsche Sprachkenntnisse (liegen vor, wenn z.B. bei der Antragstellung ein Dolmetscher zugegen sein muss und nur ungenügende Bemühungen zum Erwerb der Sprache festzustellen sind; Überprüfung, Feststellung und Bewertung unterliegen der Ausländerbehörde);
- fehlende Arbeitsbemühungen (der Betroffene muss sich nachweislich um Arbeit bemüht und unter Nachweis eines gefundenen Arbeitsplatzes eine Arbeitserlaubnis beantragt haben);
- Weigerung des Betroffenen, im Falle der Bleiberechtsgewährung eine Verfassungstreueerklärung abzuleisten;
- es werden lediglich Gründe vorgetragen, die im Asylverfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu prüfen sind;
- Termin der Rückführung steht bereits fest oder es wurde bereits Abschiebungshaft angeordnet;
- es liegt eine Eingabe im Petitionsausschuss vor (vor Erlass der Verordnung eingelegte Petitionen können zugunsten von Härtefallverfahren zurückgenommen werden);
- es liegen Gründe vor, die eine Ausweisung nach §§ 53, 54 oder 55 Abs. 2 Nrn. 1, 8 Buchst. a oder b AufenthG, eine Abschiebungsanordnung nach § 58 a AufenthG oder die Versagung eines Aufenthaltstitels nach § 5 Abs. 4 AufenthG rechtfertigen;
- es liegt ein Einreise- oder Aufenthaltsverbot oder ein zwingendes Erteilungsverbot vor;
- die Ausländerin oder der Ausländer hält sich nicht im Bundesgebiet auf und
- die Zuständigkeit liegt nicht bei einer niedersächsischen Ausländerbehörde. Das Letztentscheidungsrecht über ein Härtefallersuchen liegt entsprechend § 23a AufenthG bei der obersten Landesbehörde, dem Innenministerium.

Keine Festung Europa
Ausreisezentren und
Abschiebeknäste
abschaffen

Diese hohen Hürden bei der niedersächsischen Härtefallkommission für Flüchtlinge beklagt der Hildesheimer Bischof Norbert Trelle. Eine lange Ausschlussliste für die zu behandelnden Fälle sei das Gegenteil von Humanität, sagt der Bischof in einem Interview mit der Kirchen-Zeitung „Die Woche im Bistum Hildesheim“ vom 9. April. Ein Dilemma sieht Trelle beim Bezug öffentlicher Leistungen. Nur ganz wenige Flüchtlinge könnten dieses Kriterium erfüllen, bedauert der Bischof. Wenn sie überhaupt arbeiten dürften, bekämen sie nur gering bezahlte Jobs. Und mit Kindern kämen sie dann kaum ohne finanzielle Hilfen aus. Wenn das ein Ausschlusskriterium sein soll, werden automatisch zwei Drittel aller Betroffenen ausgeschlossen.

Inzwischen wurde in der Presse vermeldet, dass die zum Sommer geplante Härtefallkommission ohne Politiker besetzt wird und aus neun Persönlichkeiten bestehen soll. Sie soll möglichst zum 1. Juli ihre Arbeit aufnehmen. Am Dienstag hat Innenminister Uwe Schünemann (CDU) dem Kabinett seine Pläne vorgestellt. „Es werden Vertreter der Kirchen, der kommunalen Spitzenverbände, der Kirchen und der Unternehmerverbände in die Kommission kommen“, so der Innenminister.

Schünemanns Vorschlag für die Härtefallkommission fußt im Wesentlichen auf den Beschlüssen, die die CDU und FDP im Landtag gefasst haben. Er ist allerdings in einigen Fällen leicht korrigiert worden. Dies ist den Widersprüchen von Kirche und Verbänden geschuldet, die die Hürden als zu hoch bezeichnet haben. Deshalb werden gute deutsche Sprachkenntnisse der Antragsteller nicht mehr vorausgesetzt. Auch ist die Bedingung, dass Härtefälle selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen und keine Sozialleistungen empfangen dürfen, präzisiert worden. „Wenn die Ausländerbehörde eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt beschließt, den Sozialhilfebezug zu übernehmen, geht das in Ordnung.“

Auch wenn sich private Sponsoren zur Übernahme solcher Kosten erklären, könnten Härtefälle zugelassen werden. Der Entwurf für die Kommission geht jetzt in die Anhörung bei den Verbänden.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende David McAllister begründete den Beschluss der Fraktion damit, dass einige Mitglieder des Petitionsausschusses mehrmals ihre Verschwiegenheitspflicht gebrochen hätten. Dadurch seien Einzelfälle teilweise für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert worden. Eine sachliche Arbeit sei daher im Petitionsausschuss nicht mehr möglich gewesen.

Was immer die CDU jetzt als Begründung für ihren ziemlich plötzlichen Sinneswandel hervorbringt, für die betroffenen Flüchtlinge hat dies große Bedeutung. Gerade in Niedersachsen sind Abschiebungen mit dramatischen Folgen für die Flüchtlinge bisher an der Tagesordnung gewesen. Die Proteste, von Politikern, Flüchtlingsinitiativen, sozialen Verbänden, Gemeinden, Schulen, Einzelpersonen dagegen waren laut und hörbar.

Dies ist ein großer Erfolg aller, die sich seit Jahren für eine Härtefallkommission eingesetzt haben und keine Ruhe gegeben haben, zur Erreichung ihrer Forderung.

Quelle: flucht mailing list
flucht@nds-fluerat.org ■

Bleiberecht für Roma-Flüchtlinge als Konsequenz aus der deutschen Geschichte

In Hamburg wurde am 16. Mai der Hunderttausenden von deutschen Faschisten verschleppten und ermordeten Sinti und Roma gedacht. Die Rom und Sinti Union forderte aus diesem Anlass die gesellschaftliche Anerkennung sowie ein dauerhaftes, gesichertes und uneingeschränktes Bleiberecht für alle Roma-Flüchtlinge.

„Eine der wenigen Aufgaben, bei der quer durch alle Gesellschaftsschichten eine gewisse Einigkeit bestand, war die Bekämpfung der ‚Zigeunerplage', schilderte Rudko Kawcynski, Vorsitzender der Rom und Sinti Union Hamburg, die politische Situation im faschistischen Deutschland Ende der 30er, Anfang der 40er Jahre. „Zigeunern und Zigeunermischlingen ist das Betreten der Spielplätze verboten" – Schilder mit dieser Aufschrift „zierten" beispielsweise Spielplätze im ostwestfälischen Minden.

1940 begannen die Massendeportationen und Anfang 1943 wurde in Auschwitz das Lager Birkenau B II, das ‚Zigeunerlager', eröffnet. Dorthin wurden etwa 230.000 Sinti und Roma aus ganz Europa verschleppt, die Hälfte davon waren nicht älter als 14 Jahre. 90% der Deportierten verhungerten, starben an Krankheiten oder wurden umgebracht. In der Nacht des 2. August 1944 wurde das Lager Birkenau B II komplett ausgelöscht: Alle Gefangenen wurden in dieser Nacht vergast und ihre Leichen verbrannt. Insgesamt fielen rund 500.000 Sinti und Roma dem Vernichtungsfeldzug der deutschen Faschisten zum Opfer.

In Hamburg begannen die Deportationen am 16. Mai 1940. Emil Weiß (Bild), einer der letzten überlebenden Roma in Hamburg, erinnerte bei der Gedenkkundgebung daran. Er erzählte von seinen Eltern und seinem kranken kleinen Bruder, der seiner Mutter von den Faschisten aus dem Arm gerissen und verscharrt wurde, obwohl niemand wusste, ob er wirklich schon gestorben war oder nur einen Fieberanfall hatte.

Die Sinti und Roma blicken indes nicht nur auf eine leidvolle Vergangenheit zurück, auch die Gegenwart ist für viele beklagenswert. „60 Jahre nach der Zerschlagung des hitlerschen Nationalsozialismus ist unser Volk wie eh und je der Willkür und den Vorurteilen von Behörden und Gesellschaft ausgesetzt", konstatierte Kawcynski.

Das Phänomen der Zuschreibung bestimmter Eigenschaften auf eine bestimmte ethnische, kulturelle oder religiöse Gruppe, durch das auch der Antisemitismus geprägt ist, registrierte das Duisburger Institut für Sozial- und Sprachforschung (DISS) auch in Bezug auf Roma und Sinti: den Antiziganismus. Laut DISS bedeutet der Begriff „Zigeuner" im deutschen Wortschatz soviel wie Vagabund und Asozialer. Als sinnverwandte Wörter gelten Landstreicher, Gauner oder Schelm. Sinti und Roma werden wahlweise als eine Bande von streunenden Dieben oder als lustiges fahrendes Völkchen dargestellt. Aufgrund dieser rassistischen Vorurteile sind Sinti und Roma bis heute – ebenso wie Jüdinnen und Juden – vielfältigen Anfeindungen ausgesetzt.

Beispielsweise im niedersächsischen Stade versuchten Gastwirte, die dort ansässigen Roma aus ihren Kneipen zu vergraulen, in dem sie bild- und wortreich Pferdewurst zum Verzehr anboten. Das deckte der Spiegel Ende der 90er Jahre auf. Hintergrund: Aus kulturellen Gründen würden Roma niemals Pferdefleisch zu sich nehmen und folglich deshalb solche Gaststätten meiden. Eine Recherche des Stadtmagazins HH 19 ergab damals, dass in fast allen Gaststätten die Pferdewurst zwar angeboten wurde, in kaum einer jedoch wirklich erhältlich war.

„Polizeiliche Erfassung, Razzien und Vertreibungen gehören für uns zum Alltag", stellte Kawcynski in seiner Rede bei der Gedenkveranstaltung bitter fest. „Jeden Tag finden Abschiebungen von Roma statt – auch in unserer Stadt. Mit welchem Maß soll man eine Gesellschaft messen, die durch Vorurteile und irrationales Kastendenken Begriffe wie Toleranz und Humanität vergewaltigt und die ihre Vergangenheit durch fortgesetztes Unrecht bewältigt?"

2002 beschloss die damalige Bundesregierung unter Innenminister Schily, Roma-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in das kriegszerstörte Land abzuschieben, da sich dort die politische Situation angeblich stabilisiert habe. Mehrere hundert Roma aus dem Ruhrgebiet protestierten daraufhin zunächst mit einer Karawane quer durch die Bundesrepublik, anschließend mit einem monatelangen Dauerprotestcamp in Düsseldorf, gegen ihre drohende Abschiebung.

Der harte Winter 2002/2003 zwang die Roma schließlich zur Aufgabe ihres Protestes. Viele von ihnen wurden inzwischen abgeschoben, andere kämpfen bis heute um ihr Bleiberecht. Eine Befragung unter den Roma im Protestcamp ergab, dass die überwiegende Mehrzahl der Familien während der Besatzung der deutschen Faschisten Opfer zu beklagen hatten. Ein Teil der Befragten hatte sogar selbst als Kind die faschistische Besatzung miterleben müssen, viele berichteten von ermordeten oder verschwundenen Familienangehörigen.

Dieses Land müsse sich endlich seiner Vergangenheit stellen, forderte Kawcynski. Es gelte, die zweite Schuld an den europäischen Roma und Sinti zu verhindern, deshalb dürfe es keine Deportationen aus Deutschland geben.

Dieser Appell wird von namhaften Persönlichkeiten unterstützt, u. a. dem Literatur-Nobelpreisträger Günther Grass.

Birgit Gärtner ■

VVN-BdA fordert Verbot der NPD

Anlässlich des gestern veröffentlichten Verfassungsschutzberichtes 2005 erklärte der Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Werner Pfennig:

Rechte Gewalttaten haben in den letzten Jahren in einem erschreckenden Ausmaß zugenommen. Der rassistische Überfall in Potsdam und auf den Linkspartei-Politiker Giyasettin Sayan in Berlin sind nur die jüngsten Beispiele für diese Entwicklung. Aus diesem Anlass fordert die VVN-Bund der Antifaschisten das Verbotsverfahren gegen die NPD wieder aufzunehmen. Dafür sprechen folgende Fakten:

1. Die NPD hat keinen Anspruch auf Legalität. Das Grundgesetz ist nach Geist und Buchstaben eine antifaschistische Verfassung. Es wurde als ein Gegenentwurf zum nazistischen Verbrecherstaat geschaffen. Politisch, historisch und moralisch ist Faschismus keine Meinung unter vielen, sondern ein politisches Verbrechen.

2. Die NPD ist die gefährlichste neofaschistische Organisation.
Sie steht nicht nur als Hauptträgerin der Kontinuitätslinie zum historischen Faschismus da, sondern hat sich in den letzten Jahren zum gefährlichen Kristallisationskern des gesamten Neofaschismus entwickelt. Die NPD-Führung hat ein Bündnis mit gewaltbereiten Gruppen, den sogenannten Kameradschaften, geschlossen. Ein solches Bündnis gab es in der Geschichte der Bundesrepublik bislang noch nie. Die soziale und wirtschaftliche Verelendung in der Gesellschaft wirkt dabei fördernd für die NPD.

3. Ein zweiter Anlauf für ein Verbotsverfahren ist juristisch möglich.
Die Bundesverfassungsrichter Hans-Jürgen Papier und Winfried Hassemer haben am 29. Januar 2005 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein neues Verbotsverfahren juristisch möglich ist. Entgegen weit verbreiteter Annahmen fällte das Gericht keine Sach-, sondern eine Prozessentscheidung. In dem Beschluss vom 18. März 2003 wird dazu erklärt, dass die Beobachtung eine politischen Partei durch V-Leute des Verfassungsschutzes, die als Mitglieder des Bundesvorstandes oder eines Landesvorstandes fungieren, unmittelbar vor und während eines Verfahrens unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren sind. Das Verhalten der Verfassungsschutz-Behörden, die angeblich den Rechtsextremismus bekämpfen, bildete also das tatsächliche Hindernis.



4. Eine gesellschaftliche Mehrheit ist für ein Verbot der NPD.
Die Fraktionen von SPD, CDU und Linkspartei.PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern forderten im März diesen Jahres ihre Landesregierung übereinstimmend auf, alle Möglichkeiten eines Verbotsverfahrens gegen die NPD zu prüfen und dieses auf den Weg zu bringen. Dies zeigt, ebenso wie Stellungnahmen von Ministerpräsidenten und Gewerkschaften, u.a. der Gewerkschaft der Polizei, dass es bezüglich eines NPD-Verbots einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt.

PM der VVN-BdA, Berlin, 23.5.06 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Nun ist sie in Berlin angelangt: Die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“, die von Dezember 2005 bis April 2006 im Bonner Haus der Geschichte zu sehen war (vgl. AN 1/2006). Am 17. Mai ist sie im Deutschen Historischen Museum eröffnet worden – mit einer Rede von Kulturstaatsminister Bernd Neumann. „Schon in Bonn auf ihrer ersten Station hat sie sich eines ungewöhnlichen Besucherzustroms erfreut und eines so positiven Presseechos, das seinesgleichen sucht“, erklärte Neumann in seiner Ansprache. Geht es nach ihm, soll die Ausstellung jetzt in Berlin genauso stark frequentiert werden.

Neumann hielt in seiner Rede fest, wer sich letztlich rühmen darf, Stichwortgeberin für die Darbietung zu sein. „Die Initialzündung zu dieser Ausstellung kam im übrigen von meiner Kollegin Erika Steinbach, die 1999 in einem von mir vermittelten Gespräch mit dem damaligen Kulturstaatsminister Naumann ‚Flucht und Vertreibung‘ thematisierte – mit dem Ergebnis, dass Naumann dann beim Haus der Geschichte eine Ausstellung anregte“, berichtet der gegenwärtige Kulturstaatsminister. Freilich hätte Naumann Steinbach einfach abblitzen lassen, wenn die damalige rot-grüne Bundesregierung mit den Ausstellungsplänen nicht einverstanden gewesen wäre.

Die Ausstellung, behauptete Neumann am 17. Mai in Berlin, „ist Teil einer zukunftsorientierten Form des Umgangs mit deutscher und europäischer Geschichte“. Sie soll, bekräftigte er, „ein Herzstück einer künftigen Dauerausstellung sein“, die „im Zentrum Berlins“ realisiert werden wird. Über die Dauerausstellung führen Neumann und sein Team Gespräche „mit Fachleuten im In- und Ausland, mit Kollegen aus der Politik, aber auch mit Betroffenen selbst, d.h. mit den Vertriebenen“. Sie erhalten also auch auf die weitere Gestaltung der künftigen Dauerausstellung Einfluss, wie sie auch schon auf die jetzige Ausstellung Einfluss nehmen konnten.

„Wir laden“, sagte Neumann schließlich, „unsere Partner im Europäischen Netzwerk zur Mitarbeit recht herzlich ein.“ Das Europäische Netzwerk gegen Vertreibungen wird gerade in Warszawa als Stiftung polnischen Rechts auf die Beine gestellt und soll dann endlich auch seine Arbeit aufnehmen. Beteiligt sind nach wie vor (außer Deutschland) Polen, die Slowakei und Ungarn – für ein Netzwerk, das sich „europäisch“ nennt, ist das ziemlich dürftig, zumal kein einziger westeuropäischer Staat an dem Projekt beteiligt wird.

jk ■

Der Not gehorchend: Ausländer rein?

Nation & Europa Mai 2006

Wenn die deutsche Rechte die Vorlage, die ihnen die vom Brandbrief der Lehrkräfte der Rütli-Schule in Berlin ausgelöste Debatte um die Erfolg versprechendste Form der Integration von Migrant(inn)en, nicht auszunutzen versuchte, wäre sie dümmer als die Polizei erlaubt. Deshalb zeigt das Titelbild der Maiausgabe von „Nation & Europa“ eine Collage aus diversen Photos finster blickender, braunhäutiger männlicher Jugendlicher (von denen zumindest eines dem letzten Hark-Bohm-Film zu entstammen scheint), die dem Betrachter das Gefühl von Bedrohung vermitteln sollen. Damit die Leser(innen) aber auch wirklich verstehen, woran angeknüpft wird, gibt es auch noch das Schild der Rütli-Oberschule zu sehen und außerdem eine gezeichnete Bombe mit brennender Lunte. Titel des Politstilllebens: Zeitbombe Multikulti – das Wort „Zeitbombe“ in schwarzer, „Multi“ in roter und „kulti“ in grüner Schrift. Holzhammeragitation zwar, aber inhaltlich nichts Neues.

Wer meint, diese wenig überraschende Linie setze sich auch in den Beiträgen fort, wird vorerst nicht enttäuscht: „Multikulti gewollt, Multikulti bekommen: Katzenjammer“ nennt BERND SEIFERT den ersten Artikel des Heftes. „Wer unter den Bedingungen des westlichen ‚Wertesystems‘ Einwanderung duldet, stellt sich und seine Identität in Frage. Zunächst sind die Ausländer eine Minderheit – als solche aber gegen ‚Diskriminierung‘ geschützt. Werden sie gar zur Mehrheit, steht es ihnen nach den Grundregeln der Demokratie frei, das Gemeinwesen nach ihren Wünschen zu gestalten. Sich auch eine neue Verfassung zu geben“. Schuld daran trägt das Grundgesetz: „...dort finden Ausländer keine Präferenz des Deutschen oder auch nur des Christlich-Abendländischen. Es geht allgemein um die Menschenwürde, inklusive beispielsweise des Rechts ‚ungestörter Religionsausübung‘“. Der Autor macht mit diesen Worten noch einmal kurz und knapp deutlich, dass Faschisten aller Art die Konzeption der Menschenrechte gerade wegen ihres Anspruches auf Universalität ablehnen: Sie gelten für alle Menschen und (in unserem Fall) nicht nur für Deutsche. Bedauernd stellt der Autor fest, was das bedeutet: „Zahlreiche Menschenrechtsklauseln, von Roten und Schwarzen auf internationaler Ebene eingeführt, verhindern zuverlässig eine Wahrnehmung nationaler Interessen. Spätestens mit der Verleihung des deutschen Passes erhält jeder Fremdstämmige einen wasserdichten Ausweisungsschutz“. Bereits die Begrifflichkeit („fremdstämmig“) verrät, welcher Zeit dieses rassistische Denken entstammt.

Es folgen Forderungen, die ebenfalls nichts Neues bieten: „...keine weitere Einwanderung, auch keine ‚qualifizierte‘. Grenzen so dicht wie möglich. Abgelehnte Asylbewerber, die ihre Herkunft verschleiern, sollen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden. Der Aufenthalt in Deutschland darf für Illegale nicht länger bequem sein“.

Die folgenden Absätze aber zeigen einen überraschenden und neuen Realismus: „Leider wird sich nicht jede Fehlentwicklung rückgängig machen lassen. Die millionenfache Einbürgerung des Islam hat die religiös-kulturelle Landkarte im Herzen Europas verändert.... Auch die deutschen Rechtsparteien werden sich wohl oder übel umstellen müssen. Die Zahl der Einwanderer und ihrer Nachkommen ist mittlerweile wahlentscheidend hoch, und sie wird nicht kleiner werden....Glücklicherweise hat sich die deutsche Rechte nie religiös ausgerichtet. Wenn sie nicht zu einer sektoralen Brauchtumsgruppe schrumpfen, sondern weiter gesamtstaatlichen Gestaltungsanspruch erheben will, muß sie sich auf Sicht auch jenen anbieten, die zwar ausländischer Herkunft sind, sich aber mit Deutschland identifizieren.... Wenn das patriotische Element in der Vergangenheit zu schwach war, unerwünschte Entwicklungen zu verhindern, dann muß es wenigstens für die Zukunft stark genug sein, sich im ‚multikulturellen‘ Umfeld zu behaupten“. Auch wenn der Autor mit Recht darauf hinweist, dass eine solche Öffnung der Rechtsparteien vom „Front National“ in Frankreich bereits vorgemacht worden sei und auch in Deutschland bereits Einzelfälle von Migranten auf Kandidatenlisten von Rechtsparteien zu finden seien, werden seine Forderungen in der Szene kaum ungeteilte Zustimmung finden.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen KARL RICHTERs in der letzten N&E-Ausgabe, in der er türkischen Nationalismus als Vorbild herausstellte, scheint es, als ob die Zeitschrift eine Debatte mit dem Ziel einer Anpassung an die Realität beginnen wollte. Wir dürfen darauf gespannt sein, wie ihre Leser(innen) den Kurswechsel aufnehmen. Antifaschist(inn)en sollten sich vor der Illusion hüten, damit sei eine Abkehr vom völkischen Denken, das nach wie vor eine der tragenden Säulen faschistischer Ideologie bleiben wird, verbunden.

Bei CHRISTA KETELSEN ist das „neue Denken“ allerdings noch nicht angekommen. Unter dem Titel „Untergangsvisionen helfen den Deutschen nicht: Aussterben? Nein danke?“ beschäftigt sie sich mit einer rechten Horrorvorstellung und frönt einer alt-rechten Verschwörungstheorie: „Die ‚Vergangenheitsbewältigung‘ hatte immer auch eine demographische Komponente. Das vermeintliche ‚Tätervolk‘ sollte Fortpflanzungsverzicht üben – als Sühne für geschichtliche Verfehlungen, aber auch zur Vermeidung künftiger Konflikte.... Daß sich dennoch zwei Drittel der Deutschen zur Erhaltung ihres Volkes bekennen, zeigt, daß die 1945 begonnene Umerziehung nicht gänzlich geglückt ist und daß noch Anlaß zur Hoffnung besteht“. Es folgt ein dezenter Hinweis zur Rehabilitation der Nazidiktatur („Manchmal betreiben Kinderlose – siehe Hitler – sogar die engagierteste und effektivste Bevölkerungspolitik“.) bevor die Autorin zum Wesentlichen, der alten biologistisch-völkischen Ideologie kommt: „Ohne den Überfremdungseffekt der Zuwanderung könnten die Deutschen einen Rückgang ihrer Kopfzahl durchaus verkraften. Nationale Wohlfahrt hängt von anderen Faktoren ab....Um so wichtiger ist es, die politischen Verhältnisse dahingehend zu ändern, daß sich der Lebenswille dieses Volkes auch gegen demographische Widrigkeiten durchsetzen kann“. *tri* ■